Pienarprotokoli 15/50

15. Wahlperiode

30.08.95

50. Sitzung

Mittwoch, 30. August 1995

Vorsitzende: Präsidentin Ute Pape, Erster Vizepräsident Rolf Kruse und Zweite Vizepräsidentin Ulla Bussek

Inhait

Mitteilungen der Präsidentin		Senatsvorlage:	
Abwicklung und Ergänzung der Tagesordnung	2409 A	Unterrichtung der Bürgerschaft gemäß § 10 Absatz 2 LHO und Nachforderung von Haushaltsmitteln	
Ausscheiden aus dem Senat (Klaus Hardraht)	2409 A	für unabweisbare Mehrbedarfe im Haushaltsjahr 1995 — Drs 15/3658 —	2409 B
Wahl einer Schriftführerin für den Vorstand der Bürgerschaft	2409 A	Senatsvorlage:	2403 0
Ergebnis	2409 B	Bedarfsentwicklung der Hilfen zur Erziehung im Haushaltsjahr 1995	
Senatsvorlage:		— Drs 15/3659 —	2409 B
Haushaltsplan-Entwurf 1996 und		Senatsvorlage:	
Finanzplan 1995 bis 1999 — Drs 15/3700 —	2409 B	Entwicklungen in der Sozialhilfe, Nachforderung von Haushalts-	
mit		mitteln 1995 und Bericht über die bisher ergriffenen und geplanten	
Senatsvorlage:		Maßnahmen zur Begrenzung	
Neugestaltung der Kunstinsel — Drs 15/3701 —	2409 B	des Kostenanstiegs — Drs 15/3660 —	2409 B
Senatsvorlage:		Senatsvoriage:	
Gesetz über die Festsetzung der Hebesätze für die Realsteuern für die Kalenderjahre 1995 und 1996 — Drs 15/3739 —	2409 B	Entwicklung der Zuwanderung von Aussiedlern, Asylbewerbern und Bürgerkriegsflüchtlingen und Bericht über die bisher ergriffenen und geplanten Maß-	
Senatsvorlage:		nahmen zur Begrenzung des Kostenanstiegs	
Verwaltungsmodernisierung — Drs 15/3750 —	2409 B	— Drs 15/3661 — Senatsvorlage:	2409 B
Senatsvorlage:		Ersatz des Einsatzlenkungssystems	
Zuwendungen — Drs 15/3751 —	2409 B	der Feuerwehr (FELS) — Drs 15/3662 —	2409 B

Bericht des Rechtsausschusses		Bericht des Jugend- und Sportausschusses	
zum Bericht des Senats über den Haushaltsverlauf 1995 hier: Einzelplan 2 — Drs 15/3720 —	2409 B	zum Bericht des Senats über den Haushaltsverlauf 1995 hier: Einzelplan 3.1 (Amt für Jugend), Einzelplan 8.1 (Sportamt)	
Bericht des Kulturausschusses		— Drs 15/3768 —	2409 B
zum Bericht des Senats über den Haushaltsverlauf 1995 hier: Einzelplan 3.3		Bericht des Umweltausschusses	
Drs 15/3640	2409 B	über den Haushaltsverlauf 1995	
Bericht des Sozialausschusses		hier: Einzelplan 8.2	
zum Bericht des Senats		— Drs 15/3846 —	2409 B
über den Haushaltsverlauf 1995 hier: Einzelplan 4		Ortwin Runde, Senator	2410 A
— Drs 15/3764 —	2409 B	Ralf Mairose CDU	2415 A
Bericht des Stadtentwicklungsausschusses			
zum Bericht des Senats		Elisabeth Kiausch SPD	2418 B
über den Haushaltsverlauf 1995 hier: Einzelplan 5		Dr. Willfried Maier GAL	2421 C
— Drs 15/3765 —	2409 B	Dieter Obermeier STATT Partei	2425 A
Bericht des Bau- und Verkehrsausschusses		Markus Wagney froldingslag	0406 D
zum Bericht des Senats		Markus Wegner fraktionslos	2426 B
über den Haushaltsverlauf 1995 hier: Einzelplan 6		Georg Berg STATT Partei	2427 A
— Drs 15/3766 —	2409 B	Beschlüsse	2427 C

C

A Beginn: 16.02 Uhr

Präsidentin Ute Pape: Meine Damen und Herren! Die Sitzung ist eröffnet.

Ich begrüße Sie nach der parlamentarischen Sommerpause zur ersten Bürgerschaftssitzung, die etwas vorgezogen ist; wir haben uns diese Aufgabe selber auferlegt.

Ich möchte Ihnen zunächst mitteilen, daß mir mit Schreiben vom 18. August 1995 der Präses der Justizbehörde, Herr Senator Klaus Hardraht, sein Ausscheiden aus dem Senat mit Wirkung vom 1. September 1995 mitgeteilt hat. Wie Sie wissen, übernimmt Herr Hardraht in der Regierung des Freistaates Sachsen eine neue Aufgabe. Ich spreche sicherlich im Namen des ganzen Hauses, wenn ich Herrn Hardraht für seine neue verantwortungsvolle Aufgabe in Sachsen die besten Wünsche übermittle und wenn Ich ihm den Dank für sein langjähriges Wirken für die Freie und Hansestadt Hamburg in verschiedenen Positionen ausspreche, zuletzt als Senator. Zuvor war Herr Hardraht als Richter und als Beamter in Hamburg tätig. Wir wünschen ihm alles Gute.

(Beifall im ganzen Hause)

In Abstimmung zwischen den Fraktionen ist die Tagesordnung um den Punkt 01 ergänzt worden. Es handelt sich um die Wahl einer Schriftführerin für den Vorstand der Bürgerschaft. Die Stimmzettel liegen Ihnen vor. Vorgeschlagen ist Frau Eleonore Rudolph.

[Wahl einer Schriftführerin für den Vorstand der Bürgerschaft]

(Die Wahl wird vorgenommen)

Sind alle Stimmzettel eingesammelt? Das ist offensichtlich der Fall. Dann schließe ich die Wahlhandlung und bitte um die Auszählung der Stimmen. Ich unterbreche die Sitzung für fünf Minuten.

Unterbrechung: 16.05 Uhr Wiederbeginn: 16.10 Uhr

Präsidentin Ute Pape: Die Sitzung ist wiedereröffnet.

Ich gebe das Ergebnis der Wahl zur Schriftführerin bekannt. Abgegeben wurden 91 Stimmen. Es gab keine ungültigen Stimmen und keine Stimmenthaltungen. Auf Frau Rudolph entfielen 91 Stimmen.

(Beifall im ganzen Hause)

Damit ist Frau Rudolph gewählt. Ich frage Sie, Frau Rudolph, nehmen Sie das Amt an?

(Eleonore Rudolph CDU: Ja, danke sehr!)

Dann darf ich Sie bitten, bei uns oben Platz zu nehmen.

Wir kommen zu den Tagesordnungspunkten 1 und 2, und zwar zum Haushaltsplan-Entwurf 1996 und zur Unterrichtung der Bürgerschaft gemäß Paragraph 10 Absatz 2 der Landeshaushaltsordnung. Zur Beratung stehen an die Drucksachen 15/3700, 15/3701, 15/3739, 15/3750, 15/3751, 15/3658 bis 15/3662, 15/3720, 15/3640, 15/3764, 15/3765, 15/3766, 15/3768 und 15/3846.

[Senatsmitteilung:

Haushaltsplan-Entwurf der Freien und Hansestadt Hamburg für das Haushaltsjahr 1996 und Finanzplan 1995 bis 1999 — Drucksache 15/3700 —] [Senatsmitteilung:

Haushaltsplan-Entwurf 1996 Einzelplan 3.3 "Kulturbehörde" Titel 3800.710.02 "Neugestaltung der Kunstinsel,

hier: Darstellung der Mehrkosten

— Drucksache 15/3701 —]

[Senatsmitteilung:

Gesetz über die Festsetzung der Hebesätze für die Realsteuern für die Kalenderjahre 1995 und 1996 --- Drucksache 15/3739 ---]

[Senatsmitteilung:

Steliungnahme des Senats zu dem Ersuchen der Bürgerschaft vom 27./28./29. April 1994 (Drucksache 15/720, Tzn. 352 und 355 b) sowie vom 12./13./14. Dezember 1994 (Drucksache 15/2400, Tzn. 309 und 314 a, Drucksache 15/2551) — Verwaltungsmodernisierung

-- Drucksache 15/3750 --]

[Senatsmitteilung:

Stellungnahme des Senats zu dem Ersuchen der Bürgerschaft vom 12./13./14. Dezember 1994 (Drucksache 15/2400, Tz. 316) — Zuwendungen — Drucksache 15/3751 —]

[Senatsmitteilung:

Unterrichtung der Bürgerschaft gemäß § 10 Absatz 2 LHO und Nachforderung von Haushaltsmitteln für unabweisbare Mehrbedarfe im Haushaltsjahr 1995 — Drucksache 15/3658 —]

[Senatsmitteilung:

Bedarfsentwicklung der Hilfen zur Erziehung im Haushaltsjahr 1995 — Drucksache 15/3659 —]

[Senatsmitteilung:

Entwicklungen in der Sozialhilfe, Nachforderung von Haushaltsmitteln 1995 und Bericht über die bisher ergriffenen und geplanten Maßnahmen zur Begrenzung des Kostenanstiegs

— Drucksache 15/3660 —]

[Senatsmitteilung:

Entwicklung der Zuwanderung von Aussiedlern, Asylbewerbern und Bürgerkriegsflüchtlingen, Nachforderung von Haushaltsmitteln 1995 und Bericht über die bisher ergriffenen und geplanten Maßnahmen zur Begrenzung des Kostenanstiegs — Drucksache 15/3661 —]

[Senatsmitteilung:

Ersatz des Einsatzlenkungssystems der Feuerwehr (FELS) — Nachforderung zum Haushaltsplan 1995 — Drucksache 15/3662 —]

[Bericht des Rechtsausschusses über die Berichterstattung durch den Senat über den Verlauf des Haushalts 1995 hier: Einzelplan 2 — Justizbehörde — Drucksache 15/3720 —I

[Bericht des Kulturausschusses

zum Bericht des Senats über den Haushaltsverlauf 1995 hier: Einzelplan 3.3 — Drucksache 15/3640 —]

[Bericht des Sozialausschusses

zum Bericht des Senats über den Haushaltsverlauf 1995 hier: Einzelplan 4 — Drucksache 15/3764 —]

_

(Präsidentin Ute Pape)

A [Bericht des Stadtentwicklungsausschusses zum Bericht des Senats über den Haushaltsverlauf 1995 hier: Einzelplan 5 — Drucksache 15/3765 —]

[Bericht des Bau- und Verkehrsausschusses zum Bericht des Senats über den Haushaltsverlauf 1995 hier: Einzelplan 6 — Drucksache 15/3766 —]

[Bericht des Jugend- und Sportausschusses zum Bericht des Senats über den Haushaltsverlauf 1995 hier: Einzelplan 3.1 — Amt für Jugend, Einzelplan 8.1 — Sportamt — Drucksache 15/3768 —]

[Bericht des Umweltausschusses über den Bericht des Senats über den Haushaltsverlauf 1995

hier: Einzelplan 8.2 — Drucksache 15/3846 —]

Zu den meisten Drucksachen liegen Überweisungsanträge vor, die ich Ihnen im einzelnen vor der Abstimmung nennen werde.

Das Wort hat Herr Senator Runde.

Senator Ortwin Runde: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Der Senat legt Ihnen heute den Entwurf für den Haushaltsplan 1996 und den Finanzplan für den Zeitraum 1995 bis 1999 vor. Im Vorjahr hatte ich an dieser Stelle von dem schwierigsten Haushalt seit Jahrzehnten gesprochen.

(Dr. Roland Salchow CDU: Das sagen Sie jetzt wieder!)

Heute

(Ingeborg Knipper CDU: ... ist das allerschwerstel)

müssen wir feststellen, daß die Krise der Kommunalfinanzen deutlicher hervortritt und sich mit den Entscheidungen zum Jahressteuergesetz 1996 noch verschärft. Gegensteuernde Maßnahmen sind daher unerläßlich. Einerseits ist eine Reform des Gemeindefinanzsystems in der aktuellen Finanzkrise der Städte dringender denn je. Andererseits werden wir die zusätzlichen Einnahmeausfälle aus dem Kompromiß zum Jahressteuergesetz durch weitere Konsolidierungsmaßnahmen auffangen müssen.

Angesichts dieser Perspektiven kann leicht der Blick darauf verstellt werden, daß mit dem vorgelegten Haushaltsplan-Entwurf 1996 wieder ein erhebliches Stück Konsolidierungsarbeit geleistet worden ist: Die Zuwachsrate der bereinigten Gesamtausgaben wurde mit 2,8 Prozent bereits im dritten Jahr hintereinander unter 3 Prozent gehalten. Dies entspricht der Empfehlung des Finanzplanungsrates. Gleichwohl konnte mit dem Haushaltsplan-Entwurf 1996 angesichts von erheblichen Mehrbedarfen insbesondere bei den gesetzlichen Leistungen und infolge der Auswirkungen des Jahressteuergesetzes der erhoffte große Schritt zur Schließung der Finanzierungslücke im Betriebshaushalt nicht getan werden, so daß zur Abdeckung der Haushaltsdefizite als Ultima ratio auch 1996 Vermögen im Wert von über 1 Milliarde DM mobilisiert werden muß.

Meine Damen und Herren! Die Krise der kommunalen Finanzen ist keine Hamburgensie, sondern ist bundesweit zu beobachten. Im Gemeindefinanzbericht wird festgestellt, daß 1995 defizitäre Betriebs- beziehungsweise Verwaltungshaushalte unter den großen und größeren Städten eher die Regel als die Ausnahme sind. Die Krise der Kommunalfinanzen wird durch die Einnahmeausfälle, die das Jahressteuergesetz mit sich bringt, noch akzentuiert;

sie ist aber angelegt in längerfristigen strukturellen Fehlentwicklungen des Gemeindefinanzsystems, die insbesondere die Kernstädte treffen.

Im Verhältnis Kernstadt - Umland haben sich in den letzten Jahren erhebliche Verschiebungen ergeben; die daraus resultierenden finanziellen Belastungen der Kernstädte sind aber nicht ausgeglichen worden. Dies läßt sich am Beispiel Hamburgs verdeutlichen: In den sechziger und siebziger Jahren nahm die Bevölkerung ab, weil gutverdienende Haushalte ins Umland zogen - mit der Auswirkung von Einnahmeausfällen bei weiterhin bestehenden Infrastrukturbelastungen. Seit 1987 nimmt die Einwohnerzahl zu und hat 1995 wieder den Stand von 1976 erreicht. Dabei hat sich allerdings ein erheblicher Wandel der Bevölkerungsstruktur ergeben. Die Städte werden — so auch nachzulesen im Manifest der Oberbürgermeister von 1994 "Rettet unsere Städte jetzt" — zum Sammelpunkt der Benachteiligten und Ausgegrenzten, der Arbeitslosen und Sozialhilfeabhängigen, der Obdachlosen und illegal Eingewanderten.

Aus diesen Strukturveränderungen erklärt sich der überproportionale Zuwachs bei den Sozialetats der Kernstädte, die in der Regel auch soziale Versorgungsaufgaben für das Umland mit übernehmen. Wenn man an Hamburg denkt, ist beispielsweise die Drogenhilfe zu nennen.

Angesichts des skizzierten Wandels in der Bevölkerungsstruktur stellt die Integration von über 130 000 neuen Einwohnern Hamburgs eine bedeutsame Leistung dar. Die Wahrung des sozialen Friedens ist nicht nur der traditionell weltoffenen Haltung der Hamburger Bevölkerung zu verdanken, sondern hat auch etwas mit der öffentlichen Daseinsvorsorge zu tun.

Neben der unverzichtbaren sozialen Infrastruktur mußten die Städte für das Umland auch mehr und mehr Verkehrsanbindungen vorhalten mit den damit verbundenen finanziellen — siehe ÖPNV-Defizit — und ökologischen Folgen. Derzeit pendeln zum Beispiel täglich circa 170 000 Menschen aus den angrenzenden Landkreisen zur Arbeit nach Hamburg ein. Hamburg hält für alle diese Menschen Infrastruktur und Arbeitsplätze vor, bei der Steuerverteilung kommen sie aber den Umlandgemeinden zugute.

Diese erkennbaren Disparitäten zwischen Kernstädten und Umland erfordern einen gerechten Finanz- und Lastenausgleich. Unabdingbar ist daher eine Reform des Gemeindefinanzsystems, die den Bedarfen der großen Kernstädte als Produktions- und Versorgungszentren Rechnung trägt. So wie das Thema Gemeindefinanzreform heute oft diskutiert wird — nämlich gleichgesetzt mit einer Senkung oder gar Abschaffung von Unternehmenssteuern —, kann sie sich als Rohrkrepierer erweisen und die Zukunft der Kommunalfinanzen zerstören. Notwendig ist eine Reform, die die Interessen der Gemeinden in den Mittelpunkt stellt oder zumindest gleichgewichtig berücksichtigt.

(Uwe Grund SPD: Sehr richtig!)

Eine Reform der Gewerbesteuer kann nur in der Weise erfolgen, daß die Last auf mehr Schultern verteilt, das heißt, die Bemessungsgrundlage erweitert wird. Über eine Abschaffung der Gewerbekapitalsteuer kann dann — auch unter dem Gesichtspunkt der Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen — diskutiert werden, wenn ein quantitativ und qualitativ gleichwertiger Ausgleich für die Kommunen sichergestellt ist. Nur bei Wahrung dieser Bedingungen

A führt eine Gewerbesteuerreform zur Sicherung der Finanzautonomie der Gemeinden und Verstetigung ihrer Einnahmen.

Die Reform muß daher einerseits gesamtstaatlich durch den Abbau ungerechtfertigter Steuervergünstigungen gegenfinanziert werden, und andererseits muß für jede Gemeinde ein voller Ausgleich der Einnahmeverluste sichergestellt sein. Im übrigen dürfen die notwendigen Handlungsspielräume der Städte nicht durch Aushöhlung des Hebesatzrechts eingeengt werden.

Zum steuerpolitischen Handeln zwingt zunächst vor allem die jüngste Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts. Dieses hat -- wie allgemein erwartet -- die geltende Einheitswertbesteuerung für die Vermögen- und Erbschaftsteuer für verfassungswidrig erklärt. Bei der anstehenden Neuregelung wird darauf zu achten sein, daß die in erster Linie betroffenen Länder zumindest keine Einnahmeverluste erleiden. Angesichts der engen Vorgaben, die das Bundesverfassungsgericht insbesondere für die Vermögensteuer gesetzt hat, und der kurzen Fristen - die gesetzliche Regelung muß bis 1996 erfolgen, bei der Erbschaftsteuer ist das geltende Recht bereits ab 1. Januar 1996 nicht mehr anwendbar, Bescheide dürfen dann nur noch vorläufig ergehen - ist jetzt der Gesetzgeber gefordert. So wie sich die Steuergesetzgebung bisher für Bürger und Steuerverwaltung darstellt, muß man aber die Frage stellen, ob es überhaupt sinnvoll ist, parallel zu diesem Gesetzgebungsverfahren auch noch eine Gewerbesteuerreform zu betreiben.

Meine Damen und Herren! Neben der strukturellen Problematik der Gemeindefinanzierung rührt die Finanzkrise der Städte auf der anderen Seite von den kommunalfeindlichen Lastenverschiebungen des Bundes auf Länder und Gemeinden her. So würden mit der für den Bundeshaushalt 1996 vorgesehenen Abschaffung der sogenannten originären Arbeitslosenhilfe die Sozialhilfeetats der Kommunen noch weiter belastet. In seiner mittelfristigen Finanzplanung hat der Bund sogar die vollständige Abschaffung der Zuweisungen an die Bundesanstalt für Arbeit vorgesehen. Das Institut der Deutschen Wirtschaft sieht in der steigenden Belastung der Sozialhilfe durch die Arbeitslosigkeit eine systemwidrige Zweckentfremdung der Sozialhilfe, die zur Kommunalisierung der Langzeitarbeitslosigkeit führt.

Darüber hinaus geht es um die grundsätzliche Frage, wie Gesetzgebungskompetenz und Finanzierungspflichten im föderalen System verteilt sind. Bundespräsident Herzog, der davon auch aus seiner früheren Funktion als Verfassungsrichter heraus etwas versteht, hat dies als "ganz großen Strukturmangel unserer Verfassung" bezeichnet, der irgendwann einmal in Angriff genommen werden müsse. Mit der Formulierung vom Bund, der anschaffe, und den Ländern und Kommunen, die bezahlen müßten, hat er das Problem auf den Punkt gebracht. Der leichthin von Bundesfamilienministerin Nolte den Eltern gegebene Rat, Kindergartenplätze einzuklagen, ist ein weiterer Beleg für die Geisteshaltung, mit der der Bund kommunale und vor allem städtische Probleme behandelt. Wenn es ums Einklagen geht, dann sind zunächst wir - die Länder und Gemeinden — an der Reihe, in den anstehenden Verhandlungen über die Gemeindefinanzreform beim Bund die Finanzierung dieser Kindergartenplätze einzufordern.

Die Städte werden somit durch die Kernstadt-Umland-Disparitäten einerseits und die Lastenverschiebungen vom Bund auf Länder und Gemeinden andererseits in die finanzpolitische Zange genommen. Damit droht die Gefahr, daß die Kernstädte ihre Funktion als Motor der wirtschaftlichen, kulturellen, ökologischen und sozialen Entwicklung nicht mehr wahrnehmen können, woraus im Wettbewerb der europäischen Regionen Nachteile erwachsen werden.

Schwerer noch scheint mir aber die in diesem Mechanismus angelegte Bedrohung der Demokratie zu wiegen: In den Kommunen — insbesondere in den Städten — ist Politik als Alltagsgestaltung für die Bürgerinnen und Bürger direkt erfahrbar. Dort soll Demokratie als Teilhabe an der Gestaltung des Gemeinwesens gelebt werden. In dem Maße, in dem lokale Politiker nur noch als Erfüllungsgehilfen bundesrechtlicher Rahmenvorgaben wahrgenommen werden und mangels Masse keine Bewegungsspielräume mehr bleiben, schwindet nicht nur das Ansehen dieser als Gestalter angetretenen und gewählten Politiker, sondern auch das Ansehen der Demokratie als solcher. Mängel vor Ort ärgern die Bürger oft mehr als Unzulänglichkeiten in der "großen" Politik. Als Folge der Erdrosselung der Gemeindefinanzen schließt dann das Schwimmbad, werden Bibliothek und Theater auf Sparflamme gefahren. Die dadurch bewirkte Entfremdung der Bürger von Politikern und Politik wird auch eine Entfremdung von der Demokratie nach sich ziehen. Das Vertrauen in die Demokratie wird in den Kommunen begründet oder gefährdet. Wenn Kommunalpolitik zur Mängelverwaltung beziehungsweise zum Abbruchunternehmen wird, wer stellt sich denn dann noch dafür zur Verfügung?

Die notwendige Gemeindefinanzreform muß also die städtische Leistungsfähigkeit den Anforderungen entsprechend sichern und daher mit und nicht gegen die Kommunen erarbeitet und umgesetzt werden. In diesem Sinne werden wir uns um ein breites Bündnis von Ländern und Gemeinden bemühen und uns in den anstehenden Verhandlungen über die Gemeindefinanzreform engagieren.

Die jüngste Entwicklung in Hamburg verdeutlicht, wie sehr unser Haushalt von Entwicklungen abhängig ist, die wir selbst am wenigsten steuern können. Die Entwicklung im ehemaligen Jugoslawien ist zum Beispiel hauptverantwortlich für erhebliche Mehrbedarfe im Zuwanderungsbereich. In den Entwicklungen bei der Sozialhilfe, beim Unterhaltsvorschußgesetz sowie den Hilfen zur Erziehung spiegeln sich generelle Tendenzen wider, die alle Großstädte in gleicher Weise betreffen. Zeitgleich mit dem Haushaltsplan-Entwurf 1996 muß der Senat daher eine Mitteilung über unabweisbare Mehrbedarfe im Haushaltsjahr 1995 vorlegen, die auch die aus den Tarifabschlüssen im öffentlichen Dienst resultierenden Belastungen beinhaltet. Diese Basiseffekte mußten im Haushaltsplan-Entwurf 1996 weitgehend durchgeschrieben werden, so daß sich allein dadurch die Lücke im Betriebshaushalt um einen dreistelligen Millionenbetrag gegenüber der vorjährigen Finanzplanung vergrößert.

Dieses Defizit wird durch die Einnahmeausfälle infolge des Jahressteuergesetzes 1996 noch erheblich vergrößert. Den sogenannten Steuerkompromiß mußte Hamburg im Vermittlungsausschuß aufgrund der kaum zu meisternden Belastungen konsequenterweise ablehnen. Besonders schmerzt es jetzt zu lesen, daß einige Länder bei ihrer Zustimmung offenbar von unzutreffenden, weil zu optimistischen Zahlen ausgegangen sind. Der Senat hatte zunächst im Haushaltsplan-Entwurf eine Mindereinnahme

_

A von jährlich 200 Millionen DM eingeplant. Die tatsächlichen Belastungen werden aber, wie vortäufige Berechnungen zeigen, deutlich höher liegen, nämlich in Größenordnungen von 300 bis zu 500 Millionen DM jährlich.

Meine Damen und Herren, die dargestellten Entwicklungen erfordern weitere Konsequenzen. Wir werden uns in der bundespolitischen Diskussion über die Gemeindefinanzreform kräftig engagieren. Wir können aber nicht darauf warten, daß andere uns helfen, sondern müssen auf die eigene Kraft vertrauen und selbst die Voraussetzungen für die Sanierung des Haushalts schaffen, und das heißt zunächst: für die Schließung der Lücke im Betriebshaushalt.

Das Ausmaß dieser Finanzierungsbedarfe müssen wir uns zunächst völlig emotionslos vor Augen führen: Bedingt durch die dargestellten Verschlechterungen würde sich — ohne weitere Konsolidierungsmaßnahmen — in diesem Jahrzehnt eine Perspektive auf einen ausgeglichenen Betriebshaushalt nicht mehr eröffnen. Das kumulierte Defizit des Betriebshaushalts würde von 1996 bis 1999 über 4 Milliarden DM betragen, die durch Sondermaßnahmen zu finanzieren wären.

Es dürfte schwierig sein, ein derartiges Volumen durch Vermögensveräußerungen zu mobilisieren. Eine derartige Strategie ist aber auch nicht verantwortbar: Hamburg ist aufgrund der Anstrengungen früherer Generationen vermögend. Für dieses Vermögen der Stadt schulden wir unseren Vorvätern und -müttern Dank.

(Beifall bei Ralf Mairose CDU)

Ihre Leistung muß uns aber auch Verpflichtung sein, mit diesem Vermögen sorgsam umzugehen. Das heißt, daß zunächst alle Möglichkeiten des harten Sparens ausgeschöpft sein müssen und sich durch diese Anstrengungen mittelfristig die Perspektive auf einen ausgeglichenen Betriebshaushalt wieder eröffnen muß.

Nur unter diesen Voraussetzungen ist es zu rechtfertigen, städtisches Vermögen zur Schließung einer verbleibenden, dann temporären, Lücke einzusetzen. Es muß ausgeschlossen werden, daß die Option der Vermögensveräußerung zum Nachlassen des Spareifers führt. Bereits im letzten Jahr hatte ich deutlich gemacht, daß der Senat die Mobilisierung von Vermögen nur als Ultima ratio ansieht. Weitere gegensteuernde Maßnahmen sind unerläßlich. Wir werden eine zweite Stufe des Konsolidierungskonzepts auflegen müssen, die die zusätzlichen Belastungen durch das Jahressteuergesetz auffängt. In Anlehnung an den schwierig zu bezwingenden Achttausender im Himalaja haben meine Mitarbeiter dieses Programm mit dem programmatischen Kürzel "K2" versehen.

Diese zweite Stufe des Konsolidierungskonzeptes wird notwendigerweise über das Volumen von mittelfristig 400 Millionen DM hinausgehen müssen, das der Senat im Juni beschlossen und im Haushaltsplan-Entwurf 1996 dargelegt hat. Erste Schätzungen zeigen, daß eine Größenordnung von aufwachsend weiteren 600 bis 700 Millionen DM nicht unrealistisch sein dürfte. Dabei muß bereits ab 1996 eingegriffen werden, so daß die zweite Stufe des Konsolidierungskonzeptes die erste Stufe in den Jahren 1996 und 1997 überlagern wird. Das Gesamtvolumen der beiden Konsolidierungsprogramme wird ca. 1,5 Milliarden DM betragen; damit wird die Herausforderung, vor der wir stehen, mehr als deutlich.

Diese Ausgangslage stellt die Behörden vor eine sehr schwierige Aufgabe, aber es gibt keine Alternative zu dieser Strategie: hartes Sparen und und Schließung der verbleibenden Liquiditätslücke durch Veräußerungen. Das bedeutet für die beiden kommenden Jahre immerhin noch die Notwendigkeit, circa 2 Milliarden DM durch Vermögensveräußerungen zu mobilisieren.

Methodisch wird sich die zweite Stufe des Konsolidierungsprogramms an die positiven Erfahrungen mit dem gegenwärtig laufenden Konsolidierungskonzept anschließen: Es wird demnach einerseits Sparbeiträge durch gezielte Überprüfung von Sonderbereichen geben und andererseits Sparvorgaben im Bereich der Sach- und Fachausgaben sowie der Personalkosten. Die Behörden werden diese im Sinne der Negativ-Budgetierung in eigener Zuständigkeit und aus ihrer besonderen Sachkenntnis heraus zu konkretisieren haben. Dabei wird es weiterhin Prioritätsbereiche, aber keine Schonbereiche geben. Wir werden ein Einsparvolumen von weiteren 600 bis 700 Millionen DM nicht allein durch Effizienzsteigerung bewältigen können, obwohl ich hier noch erhebliche Potentiale sehe.

Angesichts der bereits in allen Einzelplänen vollzogenen Konsolidierungsmaßnahmen werden die weiteren Sparvorgaben auch mit Leistungsabbau verbunden sein beziehungsweise einzelne Institutionen in ihrer Existenz gefährden. Wir müssen uns also auf weitere schmerzhafte Einschnitte gefaßt machen.

Der Senat wird der Bürgerschaft nach der Verabschiedung des Jahressteuergesetzes und dem Vorliegen der Ergebnisse der Herbststeuerschätzung zur zweiten Lesung im Haushaltsausschuß eine Ergänzung des Haushaltsplan-Entwurfs vorlegen, in der die Auswirkungen des Jahressteuergesetzes 1996 und die daraus resultierenden Handlungsnotwendigkeiten konkret dargestellt werden. Dabei wird es insbesondere darum gehen, die durch das Jahressteuergesetz bereits 1996 entstehenden zusätzlichen Belastungen, aus heutiger Sicht circa 130 Millionen DM, aufzufangen. Des weiteren wird der Senat im Rahmen seiner Eckdatenberatungen für den Haushaltsplan 1997 die weiteren Eckwerte für die zweite Stufe des Konsolidierungsprogramms beschließen und den Behörden damit einen mittelfristigen Handlungsrahmen geben.

Meine Damen und Herren, auch wenn wir uns bei der Bewältigung der finanzpolitischen Krise auf die eigenen Handlungsmöglichkeiten konzentrieren, müssen wir doch bei unseren Bemühungen auch die mittelfristigen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen in Rechnung stellen. Die Wachstumserwartungen sind zwar, bedingt durch die starke Aufwertung der D-Mark und die nach wie vor geringe Binnennachfrage, zur Zeit etwas gedämpft. Dennoch berechtigen die mittelfristigen wirtschaftlichen Perspektiven für Hamburg zu Optimismus: So werden der Region in verschiedenen Studien gute Zukunftsaussichten bescheinigt. Hamburg wird aufgrund seiner geographischen Lage — besonders zu nennen sind die Norderweiterung der Europäischen Union und die Öffnung der osteuropäischen Märkte - seine Funktion als Logistikzentrum und Drehscheibe weiter ausbauen können. Ausweislich dieser Gutachten verfügt die Stadt über eine vielfältige und gesunde Forschungs- und Entwicklungsinfrastruktur, so daß Zukunftspotentiale vor allem auf den Gebieten der Medizin, Umwelt und Verkehrstechnik, aber auch in der Fertigungs-, Informations- und Kommunikationstechnik existieren. So

A sind wir zuversichtlich, in den nächsten Jahren stabile positive Wachstumsraten verzeichnen zu können.

Der konjunkturelle Aufschwung in Deutschland erreicht die Steuerkassen und den Arbeitsmarkt bisher nicht. Insbesondere die Beschäftigung erweist sich als Stiefkind der Konjunktur. Hamburg sieht sich damit auch Problemen insbesondere bei der Sicherung von Arbeitsplätzen im industriellen Bereich gegenüber. Dies gilt nicht nur für den Schiffbau, sondern auch ganz aktuell im Luftfahrtbereich. Dies ist im übrigen ein Sektor, dem die selbsternannten Experten, die jetzt schon wieder alles besser wissen, vor Jahren exzellente Wachstumsaussichten bescheinigt haben

Es führt aber wohl kein Weg an der Erkenntnis vorbei, daß sich bei zunehmender Mobilität wichtiger Produktionsfaktoren gerade die Position geringqualifizierter Arbeitskräfte am deutschen Arbeitsmarkt verschlechtern wird. Diese strukturell bedingte Entwicklung wird auch durch die gegenwärtig relativ günstige Konjunkturentwicklung nicht kompensiert: Die Arbeitslosigkeit stagniert beziehungsweise steigt sogar. Dies ist nicht nur auf Zuwanderungseffekte zurückzuführen, sondern auch auf einen erheblichen und im Bundesvergleich überproportionalen Rückgang der Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten im Vorjahresvergleich circa 15 000. Das Gegenmittel gegen diese Entwicklung kann nur in der Verbesserung des Qualifikationsangebotes, also der Investition in Humankapital liegen. Dies ist auch eine Herausforderung für die inhaltliche Orientierung und Finanzierung einer staatlichen Bildungspolitik.

(Martin Jörß GAL: Mit Ausnahme der Hochschulen!)

Das kommt noch.

В

Meine Damen und Herren, der Haushaltsplan-Entwurf 1996 war bereits ohne die zusätzlichen Belastungen aus dem Jahressteuergesetz nicht einfach, galt es doch, das Konsolidierungsprogramm weiterhin konsequent umzusetzen, zusätzliche Sparpotentiale zu erschließen und doch gleichzeitig die in der Kooperationsvereinbarung und im Regierungsprogramm dargelegten Schwerpunkte zu berücksichtigen. An dem gesamten Werk hat eine große Zahl an Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in den Behörden und Ämtern engagiert und qualifiziert gearbeitet. Ihnen möchte ich an dieser Stelle ausdrücklich danken.

(Beifall bei der SPD und der CDU)

Mit dem Haushaltsplan-Entwurf 1996 wird das Konsolidierungsprogramm auf der Ausgabenseite planmäßig umgesetzt, damit sind Minderausgaben von 525 Millionen DM erreicht worden. Äußerst erfreulich ist das Ergebnis in den Sonderbereichen des Konsolidierungsprogramms, bei denen die Einsparvorgaben bereits 1995 konkretisiert werden konnten und 1996 sogar deutlich übererfüllt werden. Dies ist insbesondere auf Erfolge der Steuerung der öffentlichen Unternehmen, zum Beispiel der Hamburger Hochbahn, zurückzuführen.

Die im Rahmen des Konsolidierungsprogramms angesetzten Einnahmeverbesserungen konnten nicht vollständig realisiert werden. Dies ist das Ergebnis von Abwägungsprozessen zwischen finanzpolitischen Notwendigkeiten einerseits und wohnungs- und wirtschaftspolitischen Zielen andererseits. Die Lücke im Betriebshaushalt 1996 vergrößert sich dadurch um knapp 70 Millionen DM.

Die Wahrung des sozialen Friedens in einer wachsenden Stadt hängt direkt davon ab, was auf den Feldern Arbeit, Armutsbekämpfung, Wohnen, Schule und Kinderbetreuung geschieht. Mit dem Haushaltsplan-Entwurf 1996 stehen die - gerade angesichts einer wachsenden Stadt trotz der finanziellen Schwierigkeiten notwendigen - Aufgabenfelder der sozialen, wirtschaftlichen und ökologischen Infrastruktur im Mittelpunkt. Die Schwerpunkte der Senatspolitik lassen sich in Zeiten der Konsolidierung nicht unbedingt an Zuwächsen erkennen, sondern werden durch Konzentration der vorhandenen Mittel gesetzt. Ich nenne hier insbesondere das Programm zur Armutsbekämpfung in Pilotstadtteilen, die Anstrengungen auf dem "zweiten" Arbeitsmarkt mit einem Beschäftigungseffekt von circa 6200 Stellen, das Wohnungsförderungsprogramm mit über 5000 Wohnungen pro Jahr, die vollständige Wiederbesetzung freiwerdender Lehrerstellen, aber auch die EDV-Investitionen zur Modernisierung der Verwaltung. Der Ausbau der Kindertagesbetreuung findet im geplanten Umfang statt. 1996 sollen weitere 3300 Betreuungsplätze für Kinder bis zu zwölf Jahren geschaffen werden, davon 2500 im Rahmen des Kindertagesstättenbedarfsplans III und 800 Plätze im Rahmen des Sonderprogramms "Rechtsanspruch", das 1994 aufgelegt worden

Aber auch Schwerpunktbereiche sind keine finanzpolitischen Schonbereiche. Auch dort müssen Effizienzsteigerungen realisiert werden. Ein gutes Beispiel ist hierfür der Bereich Drogen und Sucht, wie Sie der Antwort auf ein bürgerschaftliches Ersuchen entnehmen können: Dort wird im Rahmen von Maßnahmen zur Qualitätssicherung und -kontrolle die klassische Zuwendungsfinanzierung in drei Schritten auf ein differenziertes klienten- und leistungsbezogenes Preissystem umgestellt. Nach dem neuen Finanzierungssystem wird zum Beispiel die häufig gestellte Frage nach der "Laufzeit von Zuwendungen" beziehungsweise ihre Befristung hinfällig, weil grundsätzlich nur lebensfähig ist, wer seine Angebote beziehungsweise Dienstleistungen erfolgreich an Kundinnen und Kunden bringt.

Ein anderes Beispiel für innovative Politik unter den Bedingungen der Konsolidierung und damit ein Beispiel für gewandeltes Politikverständnis ist die von vielen Seiten seit langem geforderte und erwartete Einführung der Verläßlichen Halbtagsgrundschule. Durch Umschichtungen, innovative Lehr- und Stundenplangestaltung und auch einen Beitrag der Lehrerschaft wird hier haushaltsneutral die größte pädagogische Reform in Hamburg seit der Einführung der Gesamtschule angeschoben und umgesetzt.

(Beifall bei der SPD und bei *Dr. Achim Reichert STATT Partei* — *Dr. Roland Salchow CDU:* Wer hat Ihnen das aufgeschrieben?)

— Das hat mir meine Frau aufgeschrieben. — Das zeigt, daß Sparen nicht das Ende von Politik bedeutet, sondern im Gegenteil einen Paradigmenwechsel befördert. Aufgabenkritik — und damit das eigenständige Erschließen von Finanzierungsquellen — wird zum zentralen Bestandteil von Politik. Wenn jetzt Stimmen gegen die Einführung der Verläßlichen Halbtagsgrundschule laut werden, so scheinen mir dahinter eher diejenigen zu stehen, die sich eine solche Einstellung auch leisten können.

(Beifall bei der SPD und bei Christian Bölckow und Dieter Obermeier, beide STATT Partei) ח

A Diejenigen, die arbeiten und gleichzeitig Kinder betreuen müssen, sehen es jedenfalls anders.

Den strukturellen Herausforderungen begegnet die Stadt mit einer Schwerpunktsetzung in den Bereichen Schule, berufliche Bildung, Hochschulen und Forschung. Hamburg verfügt mit über 290 Institutionen über eine vielfältige und gesunde Forschungs- und Entwicklungslandschaft, die zu den bereits zitierten positiven Zukunftsperspektiven beiträgt. Wichtige Beiträge zum Strukturwandel und zur technologieorientierten Entwicklung in der Wirtschaftsregion Hamburg leisten Institutionen wie das Technologie-Beratungs-Zentrum, das Mikroelektronik-Anwendungszentrum und das Zentrum für Energie-, Wasser- und Umwelttechnik. Insbesondere ist bezüglich der Zukunftsorientierung auf die keineswegs selbstverständliche Leistung hinzuweisen, daß Hamburg weiterhin die Technische Universität Hamburg-Harburg aufbaut. Daß der Ausbau aus Umschichtungen finanziert wird, ist ein weiteres Beispiel dafür, wie unter veränderten Rahmenbedingungen Politik gestaltet werden kann. Nach dem Grundsatz "Bundesmark gleich Landesmark" wird zudem die Komplementärfinanzierung für den vierten Bauabschnitt erfolgen, sobald auch der Bund seinen Beitrag leistet. Auch wenn die Hochschulen manchen schmerzhaften Einschnitt hinnehmen müssen, so muß doch das in diesem Bereich immer noch beträchtliche Ausgabevolumen als Zukunftsinvestition gewürdigt werden. Im übrigen können die Hochschulen, anders als die anderen Einrichtungen, jede zweite freiwerdende Stelle wieder besetzen und so ihre Einsparverpflichtungen zeitlich strecken. Auch dies ist eine Schwerpunktsetzung, wenngleich sie von denen, die davon profitieren, nicht immer wahrgenommen wird.

(Martin Jörß GAL: So ist das wohl!)

Meine Damen und Herren, eine Konsolidierung des Haushalts in der dargestellten Größenordnung ist ohne Modernisierung von Haushalt und Verwaltung nicht zu bewerkstelligen. Der Modernisierungsprozeß mit dem Ziel, die Hamburger Verwaltung zu einem kostenbewußten Dienstleister für die Bürger zu entwickeln, ist mittlerweile durch eine Vielzahl von Initiativen — nach dem Motto "Laßt tausend Blumen blühen" — zu einer breiten und unumkehrbaren Bewegung geworden.

(Dr. Willfried Maier GAL: Maoistische Parolen!)

Koordiniert werden — und jetzt kommt's — sollen diese Aktivitäten durch eine Projektorganisation "PROVFI" — Projekt-Verwaltungsinnovation —, die aus dem Bestand von Organisationsamt und der Finanzbehörde finanziert wird und damit haushaltsneutral ist. Aufgaben von "PROVFI" sind insbesondere Koordination und die Initiierung weiterer Modernisierungsaktivitäten. Damit bleibt einerseits die notwendige Vielfalt der Modernisierungsaktivitäten und deren dezentraler Charakter erhalten, andererseits soll Doppelarbeit vermieden werden und das angesichts der Gesamtverantwortung des Senats unverzichtbare Element zentraler Steuerung realisiert werden.

Mit dem Haushaltsplan-Entwurf 1996 sind neben den Hochschulen die Musikhalle und die Friedhöfe weiter verselbständigt worden. Daneben sind neue beziehungsweise erweiterte Deckungskreise eingerichtet worden. Intern hat der Senat im Aufstellungsverfahren erstmals das Instrument der Budgetierung bei den Sach- und Fachausgaben angewandt. Die daraus resultierenden Effizienzgewinne haben weitere Einsparungen ermöglicht. Aus diesen Er-

fahrungen heraus bin ich zuversichtlich, daß wir mit dem Prozeß der Effizienzsteigerung erst am Anfang stehen und sich hier eine sich selbst beschleunigende Dynamik entwickelt.

Meine Damen und Herren, die vor uns liegenden Aufgaben und Einschnitte sind nur als gemeinsame Leistung aller in einem Gemeinwesen zu bewältigen. Mit den notwendigen Einschränkungen bei Infrastrukturleistungen droht eine Vergrößerung der Distanz zwischen verschiedenen Bevölkerungsgruppen oder auch Stadtteilen. Öffentliche Daseinsvorsorge hat den Auftrag, die Gleichheit der Lebenschancen herzustellen. In dem Maße, in dem dies eingeschränkt wird, vergrößern sich die Disparitäten innerhalb des Gemeinwesens. In den Zentren der Städte werden diese Kontraste bereits augenfällig. So zeigt sich mir zum Beispiel auf dem Weg vom Gänsemarkt zum Rathaus ein Angebot des sogenannten gehobenen Bedarfs und dazugehöriger demonstrativer Luxuskonsum im Kontrast zu sichtbarer Armut. Es besteht die Gefahr des Entstehens einer unüberbrückbaren Kluft zwischen Bevölkerungsgruppen oder des Abkoppelns ganzer Stadtteile mit entsprechenden Gefährdungen des sozialen Friedens. Den Szenarien einer "dreigeteilten Stadt" mit den innerstädtischen teilweise hermetisch abgeriegelten Inseln des Wohlstands internationalen Zuschnitts, herkömmlichen Stadtstrukturen für die Mittelschicht und von der Entwicklung abgehängten sozialen Brennpunkten gilt es zu begegnen. Diese gemeinsame Aufgabe des Gemeinwesens werden wir aber nicht in den herkömmlichen Bahnen von Politik angehen können. Wir werden nicht auf bessere Zeiten oder den Staat warten können, sondern müssen uns als Gemeinwesen - und das heißt alle Bürgerinnen und Bürger - selbst helfen.

In gleicher Weise werden Bürgerinnen und Bürger auch Abschied von eingefahrenen Denkmustern in bezug auf öffentliches Engagement nehmen. Der Dreischritt "ich habe eine gute Idee, ich gründe einen Verein, ich werde Zuwendungsempfänger" gehört bereits jetzt zur Vergangenheit. Das liegt zwar zunächst an den veränderten finanziellen Rahmenbedingungen, gleichwohl läßt sich aber auch feststellen, daß diejenigen, die Ihre Ideen unabhängig von staatlichen Zuwendungen umsetzen, damit auch an Traditionen von sozialen Bewegungen anknüpfen. Diese definierten sich nicht über den Empfang von sogenannter Staatsknete, sondern bezogen vielmehr aus ihrer Unabhängigkeit ihre Stärke. Eine diesbezügliche Rückbesinnung und die Entwicklung von derartigem Bürgersinn muß für das Gemeinwesen nicht unbedingt zum Schaden geraten

Dieser Bewußtseinswandel, die Gewöhnung an die Finanzierbarkeit als Maßstab des Machbaren, kann als Paradigmenwechsel bezeichnet werden. Politik wird bis weit in das nächste Jahrzehnt unter anderen Vorzeichen stattfinden.

Vor einem Jahr habe ich in meiner Einbringungsrede bereits auf diesen Wechsel hingewiesen. Der Haushaltsplan 1996 wird — geprägt von der Notwendigkeit, die öffentlichen Finanzen zu sanieren — diese Bewegung stärken. — Ich bedanke mich für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD und der STATT Partei)

Präsidentin Ute Pape: Ich eröffne nunmehr die Aussprache und erteile das Wort Herrn Mairose.

A Raif Mairose CDU: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren!

(Erster Bürgermeister Dr. Henning Voscherau: Stimmt man zu!)

— Zum Teil, Herr Bürgermeister. Denn eine Feststellung ist sicherlich richtig, und die ist nicht zum erstenmal gekommen. Mit jedem Jahr, seit etwa Anfang der neunziger Jahre, in dem der Senat einen neuen Haushaltsplan vorlegt, hat sich die Lage verschlechtert, und dies wird allgemein bedauert.

In diesem Jahr unterscheidet sich allerdings etwas von dem bisher Schlimmsten, wie Herr Finanzsenator Runde gesagt hat, dadurch, daß gleichzeitig eine Broschüre vorgelegt wird mit einem Bild des Finanzsenators. Das Traurige ist nur, daß Sie diese Broschüre gleich wieder einstampfen können, weil hinten, auf der letzten Seite, ein Druckfehler enthalten ist. Das gilt mir als Beispiel dafür, daß es wieder einmal nicht gelungen ist, vernünftig und sparsam umzugehen.

Ihr Ausflug in die Kommunalfinanzen, Herr Senator, ist auch nur zum Teil richtig. Sicher ist richtig, daß alle großen Städte und Gemeinden im Augenblick unter einer finanziellen Enge leiden; das ist unbestritten. Dafür gibt es objektive Gründe: Die deutsche Einigung und zahllose neue Aufgaben, die den Gemeinden zugewiesen worden sind. Aber sicherlich ist auch richtig, daß sich der Bund nicht etwa am Steuerkuchen der vergangenen Jahre bereichert hat. Man kann ganz klar feststellen, daß von den gesamten Steuereinnahmen dieses Landes, auf der Ebene des Bundes, der Länder und der Gemeinden, der Anteil des Bundes signifikant zurückgegangen ist. Das läßt sich an der Aufteilung der Mehrwertsteuer in den letzten Jahren festmachen. Bis 1982 waren es 32 Prozent, dann die Erhöhung Länderanteil auf 35 Prozent, dann im Zuge des föderalen Konsolidierungsprogrammes auf 44 Prozent, und jetzt im Zuge des Jahressteuergesetzes noch einmal um 5,9 Punkte auf fast 50 Prozent. Das heißt, der Anteil der Steuereinnahmen der Länder hat sich erhöht.

Wenn Sie nun glauben, die Situation Hamburgs in den Kontext der allgemeinen Kommunalfinanzen stellen zu können, dann irren Sie ebenfalls. Die Finanzen der übrigen Kommunen, der meisten jedenfalls, leiden erst seit kurzer Zeit, die Hamburgs schon seit den achtziger Jahren. Wie ist es sonst zu erklären, daß all die finanzpolitischen Kennziffern, Zinssteuerquote, Kreditfinanzierungsquote und so weiter, für Hamburg eine deutlich schlechtere Relation darstellen als etwa für die meisten übrigen Länder und auch kumuliert für Länder und Gemeinden sowie gegenüber den Gemeinden. Das heißt, die Fehler liegen weiter zurück, und die müssen wir nun in der allgemein prekären finanziellen Lage zusätzlich aufarbeiten. Das ist das Problem. Und daran sollten Sie sich auch einmal erinnern, wenn Sie solche Broschüren auflegen. Vielleicht sollten Sie die Bilder Ihrer Vorgänger mit aufnehmen, damit man sich ein Bild machen kann, wer das alles gemacht hat.

(Beifall bei der CDU)

Es ist in der Tat so, daß die Finanzlage schlimmer ist als je zuvor und auch schlimmer, als die meisten Menschen draußen, außerhalb dieses Rathauses, es sich vorstellen können. Ich nenne Ihnen noch einmal ein paar Zahlen.

Das Gesamtfinanzierungsdefizit wird im Haushalt für das Jahr 1996 2,8 Milliarden DM ausmachen. Davon werden alleine 1,8 Milliarden DM Investitionen kreditär finanziert, im Betriebshaushalt fehlt erst einmal 1 Milliarde DM. Hinzu kommen 130 Millionen DM durch das Jahressteuergesetz. Der Senat hat hier nur 200 Millionen DM veranschlagt; also, die müssen noch zusätzlich ausgeglichen werden beziehungsweise die Ergänzung ist bereits angekündigt. Des weiteren muß das Defizit im Jahre 1994 um 216 Millionen DM ebenfalls in den Haushaltsplan-Entwurf für 1996 eingestellt werden, das heißt, es fehlen im nächsten Betriebshaushalt mal eben 1,36 Milliarden DM und das gesamte Defizit beträgt 3 Milliarden DM. Um eine Vorstellung von der Größenordnung zu geben, was das bedeutet: 3 Milliarden DM etwa hat Frau Raab zur Verfügung, um die Ausgaben in ihrem Haushalt zu begleichen, für 15 000 Lehrer und alles, was dazugehört. Würden wir diese 3 Milliarden DM kreditär finanzieren, dann könnten wir - wenn wir das Geld hätten - damit weitere sieben Bezirksämter mit Leichtigkeit unterhalten, und zwar nur für die Verzinsung dieser 3 Milliarden DM.

(Rüdiger Schulz SPD: Was sollen wir damit? — Alexander Porschke GAL: Die Bezirksämter, die wir haben, reichen!)

Dies wäre vielleicht ein Beitrag für eine bürgernähere Politik. Sie könnten das Geld auch beliebig anders verwenden, das Traurige ist aber, daß wir es nicht haben. Darin stimmen wir vielleicht alle überein.

Hinzu kommt, daß es in Hamburg Praxis ist, daß es einen eigentlichen Haushalt gar nicht gibt, sondern es gibt eine permanente Fortschreibung. Der Haushalt wird -- diesesmal Ende August — ansonsten Anfang September eingebracht, und dann gibt es im Haushaltsausschuß jede Menge Nachforderungen. Eine müssen wir am kommenden Freitag schon behandeln, die 90 Millionen DM in diesem Jahr, und eine Ergänzung haben Sie schon für den Herbst dieses Jahres angekündigt. Ich vermute, es werden mehr. Und jedesmal schreiben wir in den Haushaltsausschußbericht hinein: Der Haushaltsausschuß wird sich künftig weigern, noch weitere Drucksachen in der unangemessen kurzen Frist zu behandeln. Tatsächlich macht er es immer wieder, und die Zahl der Drucksachen schwillt vermutlich noch an. Wir müssen uns also darauf einstellen, die Lage wird sich noch weiter ernsthaft verschlechtern.

Noch einmal zu dem Streit, ob 3 Prozent oder 2,8 Prozent Zuwachsrate oder — wie wir sagen — 4,2 Prozent. Ich kann nur so rechnen: Der Senat will im nächsten Jahr 750 Millionen DM mehr ausgeben. Das sind nach meiner Berechnung gegenüber dem von der Bürgerschaft verabschiedeten Haushaltsplan für dieses Jahr 4,2 Prozent. Hinzugerechnet werden müssen noch die 216 Millionen DM Defizit aus 1994, das sind auch noch einmal 1,2 Prozentpunkte, und so liegt der Zuwachs nach meiner Rechnung weit über 4,2 Prozent.

Was mich vor allem ärgert, ist, daß ich vor zehn Wochen einen Antrag mit der Forderung eingebracht habe, der Senat möge gefälligst seinen Haushaltsplan-Entwurf auf 3 Prozent begrenzen, wie es von allen Ländern und Gemeinden verlangt wird, und dies gemäß Finanzplanungsrat auch einhalten. Darauf wurde gesagt, das sei alles völlig überflüssig und lächerlich, das macht der Senat sowieso. Und nun müssen wir feststellen, daß er noch nicht einmal diese Lächerlichkeit exakt durchführen kann.

(Beifall bei der CDU)

(Ralf Mairose CDU)

A Ich habe ja schon viel erlebt, und ich kenne noch bessere Tricksereien, aber dieses ist eine fiese Trickserei, weil sie einfach zu dumm ist. Da könnten Sie sich ein bißchen mehr anstrengen.

(Beifall bei der CDU)

Diesen buchhalterischen Trick gibt es schon, seit der erste Haushalt aufgestellt wurde. Ich glaube, im Jahre 1215, mit der Magna Charta, haben sie sich schon solcher Tricks bedient.

Ein weiteres Problem ist, daß angesichts der auch von Herrn Runde eingeräumten Dimension eine Konsolidierung des Hamburger Haushalts in diesem Jahrtausend nicht mehr zu erreichen sein wird. Dazu muß man wissen, daß die Sparprogramme mindestens schon drei Jahre laufen. Wir werden es also bis weit in das nächste Jahrtausend hinein mit weiteren Sparhaushalten zu tun haben.

Mein Eindruck ist, daß die Finanzbehörde den Haushalt nicht mehr unter Kontrolle hat, wie die zahlreichen Nachforderungen zeigen. Wir haben, weil wir schon etwas länger daran arbeiten, zahlreiche Druck- und Rechenfehler festgestellt. Die Druckfehler habe ich eben genannt, Rechenfehler gibt es in der mittelfristigen Finanzplanung auch. Es geht nur um so kleine Summen wie 200 Millionen DM, natürlich Peanuts im Vergleich zu den 3 Milliarden DM, ist aber auch Geld, das leider nicht da ist.

Ich kann mir den Hinweis natürlich nicht verkneifen, daß wir zwar, wären Sie unseren Vorschlägen gefolgt, vermutlich etwa 10 Milliarden DM Vermögen nicht mehr hätten, das unsere Väter und Mütter in schwierigeren Zeiten als heute angeschafft haben, aber dann hätten wir auch etwa 10 Milliarden DM Schulden weniger und jedes Jahr 700 Millionen DM weniger an Zinsausgaben.

Jetzt folgen Sie angeblich unserer Politik, finanzieren aber den Betriebshaushalt durch Vermögensveräußerung, haben also den Effekt, daß Sie bald auch die 10 Milliarden DM Vermögen nicht mehr haben, aber leider keine Reduktion bei den Zinsausgaben. Die bleiben auf gleicher Höhe beziehungsweise steigen noch, weil Sie weitere Investitionen kreditär finanzieren wollen und damit vermutlich das strukturelle Defizit, wenn es bis dann wirklich abgebaut ist, erneut begründen, denn nicht alle staatlichen Investitionen, die kreditär finanziert werden, haben auch einen wirtschaftlichen Ertrag, jedenfalls nicht einen solchen Ertrag, der sich in erhöhten Steuereinnahmen messen läßt.

Die Hamburger Steuereinnahmen gehen natürlich nicht zurück, wie häufig der Eindruck erweckt wird, sondern das Gegenteil ist der Fall: Sie steigen weiter, nur das Wachstum hat sich vermindert. Immerhin hatten wir in diesem Jahr eine Steigerung bei den Steuereinnahmen von 460 Millionen DM, und dieser Betrag verdoppelt sich fast auf 860 Millionen DM im nächsten Jahr; das ist so schlecht eigentlich nicht.

Dennoch kann eine Konsolidierung selbstverständlich bei dieser Größenordnung nicht nur auf der Ausgabenseite stattfinden, obwohl ich nachher dazu einige Vorschläge machen werde. Wir brauchen auch eine Verbesserung der Einnahmenseite, nur eben nicht durch Tariferhöhungen, nicht durch das Drehen an den Hebesätzen der Grundund Gewerbesteuer. Dies ist eindeutig kontraproduktiv, Sie konnten es heute alle in den Zeitungen lesen, die Umfrage der Handelskammer belegt es, es bringt auf Dauer nicht mehr.

(Dr. Willfried Maier GAL: Wenn Sie die Hundebesitzer gefragt hätten, hätten die das gleiche zur Hundesteuer geschrieben! — Vizepräsident Rolf Kruse übernimmt den Vorsitz)

— Vielleicht, aber ich erkläre Ihnen das einmal. Wenn der Zeitraum der Konsolidierung vermutlich mehr als zehn Jahre dauern wird, also noch einmal zehn Jahre mit Sparprogrammen bevorstehen, wird sich doch jeder Unternehmer, der sich überlegt, in dieser Stadt zu investieren, den Haushaltsplan angucken und sagen, wenn die jetzt schon die Gewerbesteuer erhöht haben, werden sie es beim nächsten Mal auch machen. Sie sind ja frei bei den Hebesätzen, da kann man — jedenfalls theoretisch — beliebig in die Höhe gehen.

(Zuruf von Jan Ehlers SPD)

— Der würde schon etwas unternehmen, aber nicht in Hamburg. Man könnte zynisch sagen, das haben Sie im Haushaltsplan schon berücksichtigt, denn bei der Erschließung von Industrie- und Gewerbeflächen ist in der Planperiode der Ansatz schlichtweg halbiert worden, das heißt, der Senat hat berücksichtigt, daß keiner mehr kommt, und spart sich die Erschließung; das scheint eine gewisse Logik zu haben.

Wir müssen natürlich versuchen, die Basis für die Einnahmen insgesamt zu steigern. Hier vielleicht noch ein Wort zu Herrn Maier, wenn ich Ihre geschätzte Aufmerksamkeit einen Augenblick in Anspruch nehmen darf. Sie sprechen immer von einer Gerechtigkeitslücke. Sie haben recht, wenn Sie das unter dem Gesichtspunkt der Belastung der Bevölkerung mit Steuern sehen. Die Belastungen der Unternehmen durch klassische Unternehmenssteuern sind zurückgegangen,

(Dr. Willfried Maier GAL: Ja!)

seit 1989 sogar signifikant. Dafür sind die Verbraucher stärker belastet worden, insbesondere - das muß man auch sagen - die oberen Einkommensgruppen. Dies war so gewollt, das haben wir nicht alleine gemacht. Fast alle entwickelten Länder haben diesen Prozeß schon früher, teilweise sehr viel größer und vor allen Dingen bei viel niedrigeren Steuerniveaus durchgeführt. Da kann ich Ihrer wohlfahrtstheoretischen Argumentation nicht folgen, daß eine gleichmäßigere Verteilung mehr Gerechtigkeit bedeutet; darüber kann man streiten. Aber ihr Modell setzt vollkommene Konkurrenz und implizite Vollbeschäftigung voraus. Das mag volkswirtschaftlich im Modell richtig sein, mit der Wirklichkeit hat das leider nichts zu tun. Dann bin ich lieber Keynesianer und entlaste die Unternehmen, um Arbeitsplätze im Inland zu sichern. Da fühle ich mich dann auch auf der richtigen Seite.

(Beifali bei der CDU — Alexander Porschke GAL: Die Erfolge lassen aber zu wünschen übrig!)

 Sie k\u00f6nnen doch mal fragen, was w\u00e4re, wenn wir das nicht gemacht h\u00e4tten. Diese Frage m\u00fcssen Sie sich stellen.

(Dr. Roland Salchow CDU: Die stellt sich aber Herr Porschke nicht!)

So muß man auch argumentieren, weil wir doch nicht wissen, was geschehen wäre, wenn man irgend etwas anders gemacht hätte. Diese gängige Strategie machen wir offenbar nicht alleine, sondern die ist überall anerkannt.

(Raif Mairose CDU)

Herr Senator, ich stimme Ihnen zu, daß man die Einnahmebasis verbessern muß. Ich stimme Ihnen nicht bei der Tariferhöhung zu, aber ich stimme Ihnen zu, daß man die Basis dafür schaffen muß. Das kann man natürlich nur machen, wenn man den Standort entsprechend aufbereitet. Gucke ich in die neue mittelfristige Finanzplanung, so stelle ich fest, daß für die Erschließung Altenwerders die Beträge jetzt heruntergefahren werden und dies weiter in die Zukunft verschoben wird. Der Betrag für die Erschließung von Industrie- und Gewerbeflächen hat sich fast halbiert.

Im letzten Jahr haben wir die zu geringen Ansätze bei den Planungskosten für die wichtigen Infrastrukturmaßnahmen und die Hafenquerspange, die vierte Elbtunnelröhre, die S-Bahn-Anbindung Flughafen und so weiter moniert. Diesmal sind die Ansätze wieder nicht erhöht, sondern sogar leicht abgesenkt worden. Das kann doch nur bedeuten, daß die Realisierung dieser Maßnahmen weiter verzögert wird. Das kann nicht bedeuten, daß man die Basis für eine Einnahmeverbesserung in dieser Stadt schafft, ganz abgesehen davon, daß es natürlich auch keine Risikovorsorge in der Planperlode gibt. Das Polizeipräsidium ist nicht enthalten, dafür können sich die Hamburger über ein neues Gefängnis freuen, das mag ja gut sein, aber einnahmewirksam ist dieses letzte Beispiel nicht.

Was ist zu tun? Ich gebe Ihnen recht, daß die Großstädte insbesondere seit der Finanzreform von 1970 in einer schwierigen Lage sind, was insbesondere die Zerlegung der Lohn-, Körperschaft- und Einkommensteuer anbelangt. Aber ich frage den Senat, wann er hier je aktiv geworden ist und auf diesen Zustand hingewiesen hat.

(Erster Bürgermeister Dr. Henning Voscherau: Sehr häufig!)

Man kann argumentieren, Herr Bürgermeister, bis 1969 war die Sache umgekehrt, das heißt, das Steueraufkommen fiel dort an, wo die Arbeitsplätze waren. Damals war die Hansestadt Hamburg reich und das Umland arm. Seit 1970 haben wir einen Zustand, der genau umgekehrt ist, das heißt, die Steuereinnahmen fließen den Wohnsitzgemeinden zu. Nun könnte man sagen, die Großstädte werden ärmer und die Umlandgemeinden sind der Speckgürtel um die Stadt. Also könnte man jetzt doch einmal darüber nachdenken, im Bundesrat eine entsprechende Initiative einzubringen, um das zu ändern.

(Erster Bürgermeister Dr. Henning Voscherau: Ja!)

— Wo haben Sie es denn gemacht? Wo sind denn Ihre strategischen Ansätze?

(Erster Bürgermeister Dr. Henning Voscherau: Immer erfolgios gewesen!)

Es gibt einen. Wenn im Herbst über die Zukunft der Gewerbesteuer diskutiert werden soll, dann wäre es für den Senat richtig zu sagen, unsere strategische Variable ist aber die Lohn- und Einkommensteuer und nicht, wie der Bundesfinanzminister natürlich aus eigennützigen Motiven vorschlägt, die Umsatzsteuer, denn die nützt uns relativ wenig, die wird nach Köpfen verteilt, und da sind wir nicht so viele wie NRW und so welter. Aber bei der Lohn- und Einkommensteuer soll das Prinzip des örtlichen Aufkommens gelten, und da könnten wir dann ganz anders absahnen. Ich habe das hier schon mehrfach vorgetragen, insofern können Sie mir auch nicht widersprechen, Herr Bürgermeister, der Senat hätte etwas getan. Es kann doch nicht so schwierig sein, hier Verbündete zu finden.

(Dr. Roland Salchow CDU: Er hat gesagt, daß er Ih- C nen nicht widerspricht!)

— Gut. Das habe ich so nicht verstanden. Die meisten Bundesländer sind von dieser Problematik überhaupt nicht berührt, es sind nur die Stadtstaaten, vielleicht auch ein wenig Hessen und Rheinland-Pfalz im Raum Wiesbaden und Mainz.

(Erster Bürgermeister Dr. Henning Voscherau: Schleswig-Holstein und Niedersachsen!)

Die werden natürlich negativ berührt, aber dann müssen Sie einmal über Ihren politischen Schatten springen und wie in den fünfziger Jahren das erfolgreiche Bündnis mit den Bayern wiederaufleben lassen. Das hat uns in Hamburg damals genützt. Die ideologischen Bündnisse, die Sie hinterher gemacht haben, haben uns immer mehr geschadet, siehe Jahressteuergesetz, wo Herr Scharping partout ein höheres Kindergeld durchsetzen wollte, das wir in dieser Stadt dann teuer mitbezahlen.

Meine Damen und Herren! Wenn wir die Investitionen über Vermögensveräußerungen finanzieren — die im Finanzplan vorgesehenen Ausgaben für Investitionen machen ungefähr 9 Milliarden DM aus — und nicht kreditär, dann würden wir am Ende der Periode, also 1999, mindestens 600 Millionen DM weniger an Zinsausgaben haben. Dies wäre ein Sparbeitrag, aber natürlich kein kurzfristiger.

Kurzfristig — ich habe mich dazu geäußert, der Senat will das auch — müssen wir leider — das ist bitter für die betroffenen Mitarbeiter — die Globalisierungs- und Flexibilisierungsdividende einfahren. Das hat der Bundesfinanzminister auch gemacht und für den nächsten Haushalt schon 2 Prozent abgefordert. Wir müssen höher gehen, weil unsere Finanznot auch eine größere ist.

Wir müssen weiter in den Sonderbereichen gucken. Es war schon bei früheren Sparprogrammen in den achtziger Jahren immer eine Überraschung, wie leicht sich bei den öffentlichen Unternehmen bestimmte Sparerfolge oder Einnahmeverbesserungen erzielen ließen. Dies war immer beachtlich, und wir haben es jetzt wieder bei der Hamburgischen Landesbank erlebt. Stein und Bein wurde geschworen, als es die Kapitalerhöhung durch die Übertragung der WK-Anteile auf die Landesbank gab, daß dieses natürlich nicht verzinst werden könne, weil sie gar kein reales Kapital darstelle. Das ist sie auch nicht, aber tatsächlich wird damit gearbeitet und die Landesbank kann entsprechend auch Geld ausleihen. Plötzlich ist nun eine Verzinsung möglich, sogar zu 10 Prozent, und das Stammkapital wird nur zu 6 Prozent verzinst. Warum hier keine Änderung möglich ist, ist mir schleierhaft, zumal der Bankensektor nicht gerade der Sektor war, der in der letzten Wirtschaftskrise besonders gelitten hat.

(Uwe Grund SPD: Das stimmt!)

Ebenso bei der Hamburger Hochbahn: Jahrelang stieg das Defizit, und plötzlich gibt es Erfolge; da scheint offenbar noch Luft zu sein.

Man sollte auch — ich weiß, daß ich jetzt ein heißes Eisen anfasse — den sozialen Wohnungsbau anschauen. Die Baukosten sind auf über 3600 DM pro Quadratmeter gestiegen. Hier muß es doch möglich sein, zu irgendeiner Begrenzung zu kommen, ganz abgesehen davon, daß diejenigen, die dort einziehen, ein faktisches Dauerwohnrecht haben, also ihr ganzes Leben in der Wohnung verbringen

(Ralf Mairose CDU)

A können. Fragen Sie einmal die Besitzer von Baumärkten in der Nähe von Großsiedlungen, wieviel Geld die Sozialmieter privatim in ihre Wohnung stecken, also das Badezimmer verbessern, ausbauen und so weiter. Hier muß es doch einen Weg geben.

(Uwe Grund SPD: Ja, was schließen Sie denn daraus?)

— Daraus schließe ich, daß viele bereit sind, privat in ihre Wohnungen zu investieren. Und man muß nicht die Baustandards vorgeben, die auch in 100 Jahren noch zum Bezug der Wohnung reichen.

(Jan Ehlers SPD: Kein Badezimmer einbauen, das können sie selber machen!)

— Nein, das habe ich nicht gesagt, aber man könnte zum Beispiel darüber reden, ob das Badezimmer bis zur Decke gekachelt sein muß und nicht die Mieter irgendwann, weil sie die Kacheln ohnehin nicht mehr sehen mögen, diese abschlagen und Verbesserungen vornehmen.

Wenn Sie das alles gleich wieder in Frage stellen, dann werden Sie natürlich nie sparen können, aber man muß doch darüber einmal reden können.

(Zuruf von Uwe Grund SPD)

Sie wissen doch gar nicht, wie sich der soziale Wohnungsbau finanziert. Warum bin ich eigentlich noch in Ihrer Gewerkschaft?

Notwendig ist dies auch im Sozialbereich. Ich sage nicht, daß wir hier Abzüge machen oder weniger für den Bereich ausgeben sollen. Aber es muß doch eine Möglichkeit geben, den Anstieg zu begrenzen, zumindest bei den freiwilligen Leistungen. Bisher wurde dieses immer als völlig unsozial betrachtet, aber inzwischen hat der Senat angekündigt, bestimmte Standards bei der Sozialhilfe zu überprüfen, insbesondere bei den freiwilligen Leistungen; die Drucksache dazu liegt vor.

Meine Damen und Herren! Wir werden nun sechzigstündige Ausschußberatungen haben. Da wird sich sicherlich das eine oder andere noch finden. Ich lehne es ab, wenn mir entgegengehalten wird, diese Sparpolitik sei unsozial. Es kann nicht sozial sein, auf Kosten der nächsten Generation immer weiter Schulden zu machen, ihr eine verschlechterte Umwelt, ein kaum noch zu finanzierendes Sozialversicherungssystem und mit Schulden übersäte Staatshaushalte zuzumuten.

(Barbara Duden SPD: Ihre Reden waren mai bes-

Dies kann nicht sein, und deswegen ist eine solche Politik auch nicht unsozial, sondern sie ist eine Politik des sozialen Ausgleichs, aber nicht nur innerhalb einer Generation, sondern über die Generationen hinweg. Daran sollten wir vielleicht auch einmal denken. — Ich bedanke mich.

(Anhaltender Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Rolf Kruse: Das Wort hat Frau Kiausch.

Elisabeth Kiausch SPD: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Mairose, über die Berechnungsmodalitäten von Steigerungsraten will ich mich mit Ihnen nicht streiten, denn dadurch bekommt man keine Mark mehr und keine weniger. Ich bin der Ansicht, daß der Senat das auch ordentlich gemacht hat.

Ich finde es auch nicht in Ordnung, daß Sie zwar über Einnahmesteigerungen in Sachen Steuern sprechen, nicht aber von steigenden Kosten aufgrund einer wachsenden Stadt und gesetzlich unabweisbaren Ausgaben, die wir zu leisten haben.

Sie haben mit einigem Nachdruck dargestellt, was Sie nicht wollen, und das, was Sie wollen, ist eigentlich nicht neu. Sie wollen zum Beispiel Baustandards in Richtung Mieter privatisieren.

(Ralf Mairose CDU: Wir wollen keine Bausparkassen privatisieren!)

Die mittelständischen Handwerksbetriebe lassen herzlich grüßen, die sind schließlich auch auf dies und jenes angewiesen. Das einzige, was ich heute wirklich vermißt habe, weil es mir in Ihrer gestrigen Presseerklärung ins Auge gefallen ist, ist das schöne Wort "zwielichtig"; das ist heute gar nicht vorgekommen.

Meine Damen und Herren! Fest steht, daß die Beratungen des Haushaltsplan-Entwurfs leider unter wenig erfreulichen Rahmenbedingungen stehen, so wie es der Finanzsenator auch dargestellt hat. Einen Punkt möchte ich dabei noch einmal festhalten. Die Hoffnung, in diesem Jahr werde die Beschäftigung wieder zulegen, hat sich nicht erfüllt. Statt dessen wächst die Arbeitslosigkeit wieder, und die letzten diesbezüglichen Zahlen sind eher deprimierend. Der Bundeswirtschaftsminister sieht zwar bisher keine Veranlassung, seine Wachstumsprognose von 3 Prozent für dieses Jahr nach unten zu korrigieren, und auch für 1996 verbreitet er weiter ungebrochenen Optimismus. Er sagt, wegen der Steuerentlastung werde vor allem der private Verbrauch kräftig ansteigen und so die Binnennachfrage stärken. Dazu muß man bemerken, Herr Mairose, daß die Kaufkraft bei Arbeitslosen und Sozialhilfeempfängern nicht steigen wird, und bei den arbeitenden Bürgern fließt ein erheblicher Anteil der Entlastung in die zwangsläufige Erhöhung der Sozialversicherungsbei-

Im Interesse aller Bürger wäre natürlich zu hoffen, daß der Minister recht behält, denn ohne das von ihm unterstellte Wachstum würden sich die ohnehin düsteren Aussichten für den Arbeitsmarkt weiter verfinstern. In diesem Zusammenhang darf ich als Beispiel nur die aktuelle Situation bei DASA erwähnen.

Der Hang der Bundesregierung zur Verschiebung gesamtstaatlicher Lasten auf die Städte und Gemeinden ist ungebrochen. Vor allem ist die beabsichtigte Befristung der Arbeitslosenhilfe auf zwei Jahre nichts weiter als ein finanzpolitischer Verschiebebahnhof zu Lasten der Sozialhilfeträger, das heißt zu Lasten der Gemeinden.

(Beifall bei Elisabeth Schilling SPD)

So ist es leider. Wenn die Städte und Gemeinden politisch handlungsfähig bleiben sollen, muß sich der Bund zum Beispiel künftig an den Kosten der Sozialhilfe beteiligen. Diese Idee ist übrigens nicht neu

(Ralf Mairose CDU: Nee!)

und hatte seinerzeit so lange einen lebhaften Befürworter im damaligen niedersächsischen Ministerpräsidenten Ernst Albrecht, Herr Mairose,

(Ralf Mairose CDU: Warum haben Sie ihn abgewählt? Das ist ja Ihre Schuld!)

3

(Elisabeth Kiausch SPD)

A bis sie ihm mit dem Angebot einer nur zeitlich begrenzten Strukturhilfe abgekauft wurde, zum Schaden aller Länder und auch zum Schaden Niedersachsens.

Meine Damen und Herren! Der Senat hat uns einen Haushaltsplan-Entwurf für 1996 vorgelegt, der leider schon korrekturbedürftig ist. Das Instrument Konsolidierungskonzept sollte man aber deswegen nicht diskreditieren. Hier wurde ein hartes Stück Arbeit geleistet, und es ist gelungen, die laufenden jährlichen Kosten um über 500 Millionen DM abzusenken.

Die Vorgaben des Konsolidierungsprogramms im Bereich der Ausgaben wurden erfüllt, im Bereich der öffentlichen Unternehmen sogar übererfüllt. Daraus nun den Schluß zu ziehen, lieber Herr Mairose, daß man die öffentlichen Unternehmen noch einmal um 100 Prozent mehr ausquetschen kann, ist allerdings ein bißchen abenteuerlich.

Die vom Senat eingeleiteten beziehungsweise schon realisierten und von den Kooperationspartnern unterstützten Konsolidierungsmaßnahmen reichen aber leider nicht aus. Ich verkneife es mir an dieser Stelle, die Zahlen der Defizite noch einmal zu nennen. Der Finanzsenator hat sie genannt und Sie auch. Es geht deutlich aus ihnen hervor, daß eine zweite Stufe des Konsolidierungsprogramms erforderlich wird; darum kommen wir nicht herum.

Neben der beträchtlichen Lücke im Betriebshaushalt — auch darauf möchte ich hinweisen — sind natürlich die hohen Zinsausgaben ein weiteres Haushaltsproblem. Die völlig kreditäre Finanzierung sowohl der Investitionen als auch der Schuldentilgung ist auf Dauer nicht durchzuhalten. Sie engen den Spielraum der öffentlichen Hand und der Politik zunehmend und sehr dramatisch ein und hängen wie ein Klotz am Bein.

Auch die Investitionen müssen deshalb auf wesentliche politische Schwerpunkte und Substanzerhaltung konzentriert werden, und mittelfristig müssen Beträge aus dem Betriebshaushalt zur Finanzierung des Investitionshaushaltes erwirtschaftet werden. Auch das wird nicht einfach sein, nicht nur, weil Wünschenswertes auf der Strecke bleiben wird, sondern auch, weil wir unter Umständen auf einen Faktor der Konjunkturförderung und auf Infrastrukturverbesserungen verzichten werden müssen.

Nur mit einschneidenden strukturellen Veränderungen des gesamten Staatsapparates läßt sich auf Dauer wieder politische Handlungsfähigkeit erreichen. Wir müssen uns die schlichte Frage stellen und auch beantworten, welche Aufgaben unverzichtbar staatlich sind und welche Standards wir uns leisten können. Eine Reduzierung der Staatsaufgaben und eine Überprüfung der verbleibenden Aufgaben in allen Details ist mehr denn je erforderlich.

Damit gewisse Gestaltungsmöglichkeiten der Landespolitik erhalten bleiben, muß das Konsolidierungsprogramm konsequent unter dieser Prämisse weitergeführt werden. Notwendig ist eine grundsätzlichere Aufgabenkritik auch an unverzichtbaren Leistungen, sind Effizienzsteigerungen und strukturell vertretbare Vermögensaktivierung, diese aber — da unterstütze ich den Finanzsenator, und ich gebe auch Ihnen recht, Herr Mairose — mit der sehr konkreten Perspektive eines durch Einnahmen und Ausgaben ausgeglichenen Haushalts.

Ich stelle mir auch die Frage, ob wir das wenige Geld eigentlich immer vernünftig ausgeben. Inwieweit lenken uns überkommene Vorstellungen oder zu enges betriebswirtschaftliches Denken, wobei ich Hamburg hier einmal als Betrieb setzen möchte? Ich wünschte mir zum Beispiel, daß in dem so überaus wichtigen Bereich der Hochschulbildung die Betrachtungen großräumiger wären. Ich wünschte mir, daß die Hochschulen eigenverantwortlich über größere Regionen hinweg Lehr- und Forschungsprioritäten für die einzelnen Universitäten setzten. Sie sollten sich dabei durchaus auch nach regionalen Interessen strukturieren, aber bitte von dem Gedanken Abschied nehmen, daß jedes Land die gesamte Vielfalt der Wissenschaft anbieten muß.

Unter solchen akzeptierten Vorgaben wäre es dann auch einfacher, die Hochschullandschaft Hamburgs noch stärker unter finanzpolitischen Gesichtspunkten zu betrachten und eventuelt zu begradigen. Dabei sollen die Sparmaßnahmen der Hamburger Hochschulen ausdrücklich anerkannt werden. In Anbetracht unserer Lage werden sie aber nicht ausreichen.

Es ist nicht einfach, den erforderlichen Konsolidierungskurs in der Öffentlichkeit zu vertreten. Die Oppositionsparteien und einige Interessenverbände schlachten einzelne Sparmaßnahmen opportunistisch aus und sind nicht in der Lage, echte Alternativen zu nennen. Ich sage es noch einmal: Die GAL hat sich in den letzten Jahren immer darauf beschränkt, die Erhöhung der Gewerbesteuern und eine pauschale Absenkung der Ausgaben für Wirtschaftsförderung zu fordern, ungeachtet der Tatsache, daß die Wirtschaft das Geld hereinbringen soll.

Im Gegensatz dazu hat die CDU das Schwergewicht ihrer Wünsche dann wieder auf Forderungen zur Vermögensveräußerung und Privatisierung gesetzt. Abgesehen davon, daß sich hoheitliche Aufgaben nun wirklich nicht an Private delegieren lassen, sind die Leistungen von Privatunternehmen oft keineswegs billiger zu haben. Und nicht selten sind sie, wie das Beispiel der privaten Post zeigt — das weiß langsam jeder von Ihnen — auch schlechter. Im übrigen sind auch private Unternehmen nicht vor Fehlentscheidungen gefeit; man las in letzter Zeit einiges darüber.

Die Verantwortung für die Regierungspolitik zu tragen bedeutet eben auch, im Interesse des Ganzen unpopuläre Entscheidungen treffen zu müssen; diese unangenehme Kehrseite der Medaille betrachtet die Opposition lieber nicht.

Begriffe wie zum Beispiel Aufgabenkritik führt mittlerweile jeder halbwegs vernünftige Finanzpolitiker im Mund. Wir sollten aber deutlicher als bisher sagen, um was es dabei geht. Verzicht oder Standardabsenkungen von Leistungen des Staates gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern dieser Stadt können nicht ausgeschlossen sein. Wir müssen in Zukunft weniger machen als bisher, und das, was noch geleistet werden soll beziehungsweise muß, wird nicht in jedem Fall mit dem bisherigen Standard zu leisten sein.

Ich will offen zugeben, daß ich bisher nicht den Eindruck habe, daß alle geleisteten Konsolidierungsmaßnahmen den Anspruch erheben können, den Haushalt wirklich dauerhaft strukturell zu entlasten. Die Senatsmitglieder möchte ich deshalb schon jetzt darauf aufmerksam machen, daß ich im Haushaltsausschuß für jeden Fachbereich im einzelnen abfragen werde, welche strukturellen Eingriffe erfolgt sind, denn mit Zwischenfinanzierungen und Ecken auskehren werden wir auf Dauer nicht über die Runden kommen. Außerdem sind die Ecken irgendwann auch einmal leer.

_

(Elisabeth Kiausch SPD)

A Dennoch haben die Kooperationspartner gute Arbeit geleistet, und mit Nörgelei aus der Opposition und Interventionen von Interessengruppen konnten Haushalte bisher selten erfolgreich saniert werden. Die Realisierung des Konsolidierungsprogramms stellt eine enorme Herausforderung dar, sowohl an die Politik als auch an die Verwaltung. Ich denke, daß zwischen den Fraktionen bei allen Meinungsverschiedenheiten weitgehend Einigkeit darüber besteht, daß die Vorgaben nur durch neue Verfahrensansätze bei der Aufstellung und Bewirtschaftung des Haushalts zu erreichen sind.

Eine diesbezügliche Reaktion auf der parlamentarischen Ebene zum Beispiel ist die Beratung der Stellenpläne bei den Einzelplänen und die vorgesehene Beratung der Einzelpläne von Justiz und Umweltbehörde auch in den zuständigen Fachausschüssen.

Ein Kernpunkt bei den Instrumenten des Konsolidierungsprogramms ist natürlich die Strukturreform der öffentlichen Verwaltung mit dem Ziel der bürgerfreundlichen, aber schlanken Verwaltung. Das sage ich hier nicht zum erstenmal, und andere sagen es auch. Aber ich finde, man sollte es wiederholen, denn es ist ein positives Ziel.

Ich gebe zu, Herr Maier, daß die Auffassungen, mit welchem Tempo hierbei vorgegangen werden sollte, durchaus auseinandergehen. Ihnen geht es meistens nicht schnell genug, aber Sie werden Verständnis dafür haben, daß ich nun auch einmal den Hamburger Rechnungshof für uns in Anspruch nehme und ihn zitiere. Er hat nämlich in den letzten Jahren eine schrittweise und aufgabenkritische Umstrukturierung der Verwaltung empfohlen und, wie ich meine, zu Recht darauf hingewiesen, daß dauerhafte Erfolge vor allem eine Politik des langen Atems voraussetzen. Zu den von ihnen stets so lobend hervorgehobenen Vorgaben der Berliner Verwaltung hat der Rechnungshof des Landes Berlin allerdings gefordert, die Reformmaßnahmen in von allen Beteiligten zu überschauenden Schritten einzuführen und flächendeckend erst dann umzusetzen, wenn erfolgreich erprobte Verfahren vorliegen. So ist die Hamburger Verwaltung vorgegangen und ein gutes Stück, denke ich, dabei vorangekommen.

Mit dem Haushaltsplan-Entwurf liegen uns zahlreiche Produktinformationen vor. Die Hochschulen, die Musikhalle und der Landesbetrieb Friedhöfe sollen weiter verselbständigt werden. Sogar aus der Verwaltung selbst werden schon solche Vorschläge an die Öffentlichkeit herangetragen, wenn man an die Vorschläge der Direktoren der Hamburger Museen denkt. Ob sich in diesem Fall allerdings die Vorstellungen über Rahmenbedingungen mit den finanziellen Möglichkeiten decken, erscheint mir fragwürdig.

Ich bin sicher, daß wir im Haushaltsausschuß die weiteren Schritte der Verwaltung sehr kritisch hinterfragen werden. Es wird in Zukunft darauf ankommen, zur Sicherstellung des Etatrechts der Bürgerschaft ein geeignetes Berichtswesen zu entwickeln. Je stärker die Kompetenzen der Fachbereiche werden, um so wichtiger ist es, daß das Parlament regelmäßig über Abweichungen beim Haushaltsvollzug informiert wird. Wir alle müssen darauf achten, daß das Parlament in seiner Kontrollfunktion nicht eingeschränkt wird. Hier bedarf es zum Teil neuer Methoden, zum Beispiel bei der Mitwirkung oder der Erarbeitung und Definition von Leistungen.

Das gründliche Studium der bisher vorliegenden Produktinformationen bietet dafür einen guten Ansatz. Diese Arbeit sollte aber auch von uns geleistet werden, damit wir dem selbst gesetzten Anspruch, "die Politik zu bestimmen", auch gerecht werden. Die klare Verantwortungstrennung zwischen Bürgerschaft und Senat muß allerdings erhalten bleiben.

Noch ein Wort zur Budgetierung. Die erfolgreiche Umsetzung des Budgetierungsansatzes steht und fällt mit der umfassenden Einbeziehung der Personalausgaben, die noch nicht erfolgt ist; der Senat hat das vor. Einbeziehung heißt dann, daß die Verantwortung für die Ressource Personal und die Bewirtschaftung der Personalausgaben grundsätzlich dem Budgetverantwortlichen übertragen wird. Herr Mairose, wenn Sie meinen, der budgetierte Bereich sollte um 3 Prozent gekürzt werden, dann haben Sie anscheinend die Personalausgaben schon mit eingerechnet. Beim augenblicklich budgetierten, noch relativ kleinen Bereich gilt: 1 Prozent sind 20 Millionen DM. Daß Sie damit das Defizit nicht ausgleichen können, dürfte eigentlich auf der Hand liegen.

(Ralf Mairose CDU: Wenn Sie doch recht hätten!)

Noch eine Randbemerkung. Eine umfassende Modernisierung des öffentlichen Dienstes wird auch in Hamburg ohne eine Reform des Dienstrechtes nicht gelingen. Hier ist der Bundesregierung und allen Beteiligten sehr zu raten, nicht nur zu fordern oder zu blockieren, sondern sehr schnell kooperativ zu handeln. Ich denke, Bürger, Beteiligte und Betroffene sind im Grunde die Hängepartie leid; sie wollen endlich Ergebnisse.

Die Nachforderungen. 1996 werden wir rund 2,3 Milliarden DM für Sozialhilfe einschließlich der Mittel für Asylbewerber, Aussiedler und Bürgerkriegsflüchtlinge aufwenden. Das ist ein Punkt, den Sie meistens nicht erwähnen. Deswegen werde ich jetzt noch einige Worte zur Sozialhilfe sagen.

Die angestiegenen Ausgaben für diesen Bereich belegen doch zum einen, daß immer mehr Menschen in Hamburg dieser Hilfe bedürfen. Zum anderen führen sie uns natürlich vor Augen, und zwar sehr drastisch, wie unverhältnismäßig hoch die Haushaltsbelastung durch Sozialhilfeabhängigkeit ist und wie stark unser finanzieller Spielraum dadurch eingeschränkt wird. Natürlich gibt es auch in der Sozialhilfe Mißbrauch, das bestreitet niemand. Daß Mißbrauch bekämpft werden muß, darüber sind wir uns auch einig. Es gibt aber auch Mißbräuche in anderen Bereichen. Deswegen hat es wenig Zweck, sie gegeneinander aufzurechnen.

(Beifall bei Christian Bölckow STATT Partei)

Geradezu zynisch finde ich aber die doch leider mit schöner Regelmäßigkeit aufflammende Diskussion über vermeintliche Drückeberger und den Versuch, sie zur Annahme von ungeliebter Arbeit zu zwingen, und dieses hier angesichts von über 77 000 Arbeitslosen in Hamburg und nicht einmal 4800 freien Stellen. Tatsache ist doch: Die Massenarbeitslosigkeit läßt die Sozialhilfe explodieren, nicht der Mißbrauch und Arbeitsunwilligkeit.

(Beifall bei der SPD, bei Christian Bölckow STATT Partei und Dr. Willfried Maier GAL)

Wer das Problem der leeren Kassen in den Kommunen durch Mißbrauchsbekämpfung lösen will, ist entweder unehrlich oder weiß überhaupt nicht, wovon er spricht.

> (Uwe Grund SPD: Er will von der Wahrheit ablenken!)

С

(Elisabeth Kiausch SPD)

В

Wer mehr als fünf Millionen Arbeitslose als unabänderliche Folge unseres Wirtschaftssystems hinnimmt, der übersieht, daß mit der Zerstörung unseres Sozialstaates auch der soziale Frieden ins Wanken gerät.

(Beifall bei der SPD und bei Christian Bölckow STATT Partei)

Wir müssen uns darüber klar sein, daß es heute nicht mehr um den Ausbau, sondern um die Verteidigung des Sozialstaates geht. In Zeiten finanzieller Not ist der Erhalt des Sozialstaates durch eine Neudefinition seiner Aufgaben unabweisbar, und zwar unter dem Gesichtspunkt: Wird dem wirklich Schwachen noch wirksam geholfen? Dahin gehend muß jede Leistung hinterfragt werden. Bei der Sozialhilfe, bei Aussiedlern, Asylbewerbern und Flüchtlingen muß mit steigenden finanziellen Belastungen gerechnet werden. Ein Indiz dafür sind diese Haushaltsnachforderungen für 1995 in Höhe von circa 140 Millionen DM.

Einerseits bin ich froh, daß uns diese Vorlagen bereits zu Beginn der Haushaltsberatungen vorliegen und nicht, wie im letzten Jahr, erst im November. Andererseits könnte man vielleicht auch sagen, daß diese Nachforderungen auch ein Indiz dafür sind, daß das Parlament zu gutgläubig war. Das Ergebnis sehen wir jetzt in dieser vorliegenden Drucksache. Ich habe doch Zweifel, ob die Veranschlagung für 1996 ausreichend sein wird.

In der Presseerklärung der zuständigen Behörde zum Haushalt 1996 heißt es:

"Für die Unterbringung und Betreuung von Zuwanderern werden für 1996–196 Millionen DM veranschlagt, 1995 waren es noch 225 Millionen DM. Diese Veranschlagung basiert auf der Erwartung eines weiterhin reduzierten Zugangs von Asylbewerbern und Kriegsflüchtlingen."

Ich möchte es einmal vorsichtig formulieren: Die Senatsvertreter müssen im Haushaltsausschuß schon gute Argumente vorbringen können, um diese Annahmen plausibel zu machen. Angesichts der gegenwärtigen Entwicklung, vor allem im ehemaligen Jugoslawien, halte ich die Einschätzung für außerordentlich optimistisch.

Meine Damen und Herren! Wenn in diesem Hause gelegentlich von "Heulen und Zähneklappern" geredet worden ist, so haben das sicher einige als effekthascherische Rhetorik abgetan. Ich kann Ihnen aber versichern, jeder Abgeordnete wird beim Lesen des Haushaltsplan-Entwurfs zugeben müssen, daß man die Folgen unserer finanziellen Situation schon so beschreiben kann. Die Ehrlichkeit gebietet festzustellen, es wird noch viele Jahre so bleiben.

Der Finanzsenator hat aber auch eindrucksvolle Leistungen der Kooperationspartner dargestellt. Deswegen wäre es fatal, in Hoffnungslosigkeit oder Resignation zu verfallen. Eine schwierige Lage ist immer zugleich eine Herausforderung, und Hamburg hat sie angenommen. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter haben Kreativität und Arbeitskraft eingesetzt, um dem Ziel, sich auf das Wesentliche zu beschränken, dies aber dann gut zu machen, näherzukommen. Wir, das Parlament, sollten sie unterstützen, sowohl mit konstruktiver Kritik als aber auch mit Optimismus. Denn letztendlich sind wir doch sicher alle der Ansicht, daß es sich in unserer schönen Stadt gut leben läßt und daß man das auch erhalten kann.

(Beifall bei der SPD, bei Christian Bölckow und Georg Berg, beide STATT Partei, und bei Ilse Baseler CDU) Vizepräsident Rolf Kruse: Das Wort hat Herr Dr. Maier.

Dr. Willfried Maier GAL: Herr Präsident, meine Damen, meine Herren! Der Herr Finanzsenator hat die vorlesungsfreie Zeit mit einer sehr bemerkenswerten Innovation beendet, nämlich mit der Austeilung der schriftlichen Rede an alle Abgeordneten. Es wäre auch unter Sparsamkeitsgesichtspunkten zu überlegen, ob man das nicht generell so machen sollte.

(Alexander Porschke GAL: Das könnte vor allem Zeit sparen!)

Man könnte in einem größeren Ausmaß Sitzungsgelder sparen, und die ganzen Veranstaltungen würden einen anderen Charakter bekommen, wenn wir das generell entweder auf das Mitlesen im Plenarsaal oder auf das Lesen zu Hause verlagern würden.

(Christian Bölckow STATT Partei: Multimedial)

— Multimedia, wenn wir das machen würden, ließe es sich erheblich rationalisieren.

Zum Inhalt seiner Botschaft. Tatsächlich steht die Konsolidierungspolitik nach einem Jahr heute erneut vor einem Desaster. Zum dritten Mal in Folge besteht dieses Riesendefizit; Herr Mairose hat es bereits auf insgesamt 1,37 Milliarden DM addiert. Das heute abschätzbare Defizit ist also mehr als doppelt so hoch wie das Defizit, mit dem im letzten Jahr gerechnet worden war; da waren es 651 Millionen DM, jetzt ist es 714 Millionen DM höher. Gleichzeitig muß man festhalten, daß in diesem Zeitraum das Konsolidierungsprogramm, das Sie sich bezüglich der Ausgaben vorgenommen hatten, erfüllt worden ist. Das heißt also, die Frage der Konsolidierung des Haushaltes ist offenkundig gar nicht in erster Linie eine Frage der Ausgaben. Wenn Sie sich auf die Referenzgröße des Jahres 1993 beziehen, die für unsere gesamten Planungen und für Ihr Konsolidierungsprogramm ausschlaggebend war, so ist seit 1993 das Einsparvolumen gegenüber der damaligen Vorgabe übererfüllt worden, aber die Steuererwartungen sind zusammengebrochen. Die Steuereinnahmen waren 1993 für 1996 um 855 Millionen DM höher geschätzt worden als im vorliegenden Plan. Nach den jüngsten Steuerausfallschätzungen werden es sogar etwa 1 Milliarde DM weniger Steuereinnahmen sein, und das innerhalb von zwei, drei Jahren Schätzung.

Es stellt sich also immer wieder neu die Frage: Wie ist eigentlich dieses Steuerloch zu erklären? Wodurch ist es zustande gekommen? Das läßt sich, denke ich, aus einigen Zahlen erschließen, die für Hamburg, aber auch für den Bund vorliegen. Von 1989 bis 1994 hat das Bruttoeinkommen der Arbeitnehmer in Hamburg nominal um 35 Prozent zugenommen. Im gleichen Zeitraum stieg das Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen um 52,5 Prozent. Während die Unternehmer- und Vermögenseinkünfte um das Eineinhalbfache stiegen, entwickelte sich gleichzeitig der Anteil der Lohnsteuer an den gesamten in Hamburg verbleibenden direkten Steuern von etwa 64 Prozent auf fast 70 Prozent. Das heißt im Unterschied zu dem, was Herr Mairose sagte: Nicht die Höherverdienenden sind so massiv herangezogen worden, sondern die Arbeitnehmereinkommen wurden stärker belastet, obwohl die Arbeitnehmereinkommen hinter den Unternehmenseinkommen und Vermögenseinkünften zurückgeblieben sind. Die Steuerbelastung hat sich also genau umgekehrt zu den Einkommen entwickelt.

Wenn man das für das ganze Bundesgebiet errechnet, ergeben sich folgende Zahlen: Jede Mark Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen wurde 1989 mit 16,5 Prozent und 1994 mit 12,2 Prozent Steuern belastet. Die Steuerlast hat sich also vermindert. Bei der Lohnsteuer war es gerade umgekehrt der Fall, da stieg die Belastung von 17,4 Prozent auf 18,7 Prozent.

Daß die letzten noch fehlenden 330 Millionen DM zum Teil auch auf Freistellung des Existenzminimums und auf das Kindergeld zurückzuführen sind, ist zwar wahr, ändert aber nichts daran, daß die entscheidende Lücke ganz anders zustande gekommen ist. Und die eine oder andere Unternehmensentlastung ist auch noch im Jahressteuergesetz enthalten. Immerhin hat hier der Senat gegen die Bundesratsmehrheit — auch gegen die eigenen Parteifreunde — gestimmt, insbesondere auch gegen das politische Großtalent der SPD, gegen Herrn Schröder, der sich besonders vehement gegen die Kürzung der Kilometergeldpauschale zur Wehr gesetzt hat. Vielleicht löst sich dadurch auch das Führungsproblem der SPD, wenn er sich eventuell als ADAC-Vorsitzender qualifiziert.

(Beifall bei der GAL)

Das bedeutet aber nicht, daß der Senat wenigstens das getan hätte, was in seinen eigenen Kräften liegt, um die Einnahmeausfälle wettzumachen. Zum Konsolidierungsprogramm gehörte, bis 1996 eine Einnahmeverbesserung von 200 Millionen DM zu erzielen. Tatsächlich fehlen daran nach wie vor 69 Millionen DM, was schlicht und einfach wohl darauf zurückzuführen ist, daß man sich erneut nicht getraut hat, die Gewerbesteuer um den Satz zu erhöhen, der in der allgemeinen Erwartung lag, nämlich um 30 Punkte. Statt dessen hat man sich aber ohne weiteres getraut, die Grundsteuer um 40 Punkte hochzusetzen mit dem wunderschönen Ergebnis, daß die Unternehmen in Hamburg 4,4 Prozent mehr Steuern zahlen und die Mieter 8,9 Prozent mehr, also doppelt so starke Steigerung in bezug auf die jeweilige Steuerart. Dabei bemerkt man noch nicht einmal eine dekorative Mitleidsträne in irgendwelchen sozialdemokratischen Augen, sondern es wird einfach so vollzogen.

Die Handelskammer ächzt. Herr Asche hat uns allen diesen Brief geschrieben und auch in der Presse mitgeteilt, daß er diese Umfrage unter den Unternehmern zur Gewerbesteuer gemacht hat. Ich habe das eben schon als Zwischenruf gesagt. Wenn Sie letztes Jahr die Hundebesitzer bezüglich der Hundesteuer per Umfrage gefragt hätten, ob sie die Gefahr sähen, daß Hamburg wegen der Erhöhung der Hundesteuer als Hundestandort gefährdet wäre, dann bin ich sicher, daß sie auch zu etwa 98 Prozent ja gesagt hätten.

(Beifall und Heiterkeit bei der GAL, bei Christian Bölckow STATT Partei und bei Uwe Grund SPD)

Daß eine Befragung derjenigen, denen es an die Tasche geht, dazu führt, daß sie sagen, wir möchten das nicht, ist doch evident.

Das Hauptinteresse in diesem Jahr richtet sich natürlich auf die Frage, wie das aktuelle Milliarden-DM-Defizit im Betriebshaushalt beseitigt werden soll, nachdem die Rücklagen verbraucht sind und das Kunststück mit der Verselbständigung der Stadtreinigung und seinen zusätzlichen Einnahmemöglichkeiten sich auch schon verbraucht hat. Nun erfahren wir, daß städtisches Vermögen

verkauft werden soll. Klar ist, die Lücke ist groß, es muß viel städtisches Vermögen sein. Klar ist weiter, es muß rentierliches städtisches Vermögen sein. Wenn man sich nun aber einmal umguckt und hört, was gemunkelt wird, dann stellt man fest: So riesige und so schrecklich viele Vermögensstücke gibt es gar nicht. Deswegen ist es nicht überraschend, daß sich diesbezüglich viele Augen auf die HEW richten und daß auch Gerüchte gehandelt werden, der Senat erwäge dergleichen. Es ist tatsächlich zu befürchten, daß der Senat uns die Absicht in diesem oder im nächsten Jahr — wahrscheinlich dann, wenn alles schon per Asset-Management ausgehandelt ist - mitteilt, er wolle die HEW auf 25,1 Prozent herunter - nun verkaufen, ich halte das nicht nur für einen ökologischen Unsinn, weil sich die Stadt damit einer Steuerungsmöglichkeit enthebt, sondern auch für einen sehr schweren ökonomischen Fehler. Darum möchte ich dazu einige Worte verwenden, denn man muß manchmal auch versuchen. Tabus aufzurichten.

Die Vermögens- und Schuldenlage der Stadt würde durch einen Verkauf überhaupt nicht berührt werden. Wäre die Stadt ein Unternehmen und hätte eine Bilanz, dann würde sich durch einen Verkauf statt einer Kreditierung des Defizits nur eine Bilanzverkürzung ergeben. Wo nämlich vorher Vermögen der HEW auf der Aktivseite gestanden hätte mit neuen Schulden dagegen auf der Passivseite, gäbe es dann keine neuen Schulden, aber auch kein Vermögen mehr. Es hätte sich am Vermögensstatus der Stadt überhaupt nichts geändert, sondern es wären nur zwei Bilanzpositionen, die im Gleichgewicht stehen, weggefallen. Ein Vermögensverkauf zur Deckung von Defiziten ist überhaupt kein Stück solider als eine zusätzliche Verschuldung. Es ist ganz einfach Quatsch.

(Beifall bei der GAL)

Das nächste Argument bezieht sich auf die Frage, wie sich die städtischen Einnahmen und Ausgaben entwickeln könnten. Ich meine damit nicht die Bilanzposition, sondern die Gewinn- und Verlustposition, wenn es so etwas bei der Stadt gäbe. Der Aktienkurs der HEW steht gegenwärtig bei 330 DM. Der Verkauf der städtischen Beteiligung bis auf 25,1 Prozent herunter brächte bei diesem Kurs — anders kann ich im Moment nicht spekulieren — einen Erlös von 1,4 Milliarden DM.

(Zuruf von der SPD: Ein bißchen wenig!)

Diese 1,4 Milliarden DM könnten nicht, wie Herr Mairose gesagt hat, für die Tilgung schon bestehender Schulden verwendet werden, denn das Loch im Betriebshaushalt ist doch vorhanden, und deswegen müßte das Geld dort hineingeworfen werden. Die Stadt würde aber durch diesen Verkauf, was nicht zu bestreiten ist, dauerhaft etwa 105 Millionen DM an Zinsen sparen, Geld, das sie sich sonst mit 7,5 Prozent Verzinsung — so unterstellt im mittelfristigen Finanzplan — leihen müßte. Gleichzeitig würde sie jedoch 43 Millionen DM bis 44 Millionen DM an Dividende verlieren, die auf diesen Anteil entfielen. Die dauerhafte Verbesserung der Situation des Betriebshaushaltes betrüge lediglich etwa 61 Millionen DM bis 62 Millionen DM, wenn man für die Deckung der Lücke statt einen Kredit aufzunehmen die HEW verkaufte.

Das wäre zwar nicht zu verachten, trotzdem ist es ökonomisch Unsinn, ein schiechtes Geschäft, denn allein im Geschäftsjahr 1994 hat sich bei den HEW folgendes ereignet: Binnenfinanziert — also unter Wegnahme der Verbindlichkeitsveränderungen — konnte der HEW-Konzern seine

A Aktiva in einem Jahr um 631 Millionen DM steigern; allein binnenfinanziert 631 Millionen DM Vermögenszuwachs, herausgerechnet die Veränderungen der Verbindlichkeiten. Der HEW-Konzern schwimmt in Liquidität und verwendet seine riesigen Rückstellungen und Rücklagen für den Aufkauf von großen Beteiligungen in Ostdeutschland, in West-Mecklenburg, in Sachsen. Die HEW könnten statt dessen ohne Probleme ihre Ausschüttungen an die Stadt erhöhen, und die Stadt hat die Macht, das durchzusetzen, denn die Stadt verfügt bei den HEW über 75 Prozent.

(Beifall bei der GAL)

Geschähe das nur um insgesamt 86 Millionen DM, so wäre bei einer städtischen Beteiligung von 71,4 Prozent die Differenz zwischen Schuldzins und möglicher Einnahme verschwunden. Man muß sich das noch einmal auf der Zunge zergehen lassen:

(Werner Dobritz SPD: Wo ist Ihr Konzept, Herr Maier?)

Die Stadt ist zu 75 Prozent an einem Unternehmen beteiligt, das im Laufe eines Jahres 631 Millionen DM mehr Aktiva ausweist; das heißt, drei Viertel davon sind etwa 470 Millionen DM. Die Stadt macht eigentlich 470 Millionen DM jährlich plus, hat sie aber nicht liquide, weil nicht ausgeschüttet.

(Erster Bürgermeister Dr. Henning Voscherau: Herr Maier, das ist doch Vorsorge für den Ausstieg!)

— Ne, ne, das ist eben nicht Vorsorge. Wenn man die WEMAG kauft, dann ist das leider nicht Vorsorge für den Ausstieg, sondern dann ist das Vorsorge für die Weiterverbreitung von Atomstrom nach West-Mecklenburg.

(Beifall bei der GAL)

Zusammengenommen: Es ist einfach lächerlich, ein Unternehmen zu verkaufen, das in Wirklichkeit unter dem Schutz eines Gebietsmonopols eine wesentlich höhere Rendite erwirtschaftet als den Zinssatz, den die Stadt für Kredite zahlen muß. Wer unter solchen Bedingungen Verkaufspolitik betreibt, der mästet Banken und Aufkäufer — daher erkläre ich mir auch die hohe Begelsterung der Handelskammer —, aber er hilft nicht dem Stadtsäckel.

(Beifall bei der GAL)

Wenn der Senat die Sache dennoch betreibt, hat das weniger mit Ökonomie als mit der Absicht zu tun, bewußt jeden Einfluß auf die Energiepolitik aus der Hand zu geben, um damit den Widerspruch zwischen SPD-Beschlußlage — Atomausstieg, Energiewende — und tatsächlicher Senatspolitik leichter ertragen zu können. Man könnte dann nämlich sagen: Wir können sowieso nichts machen.

(Beifall bei der GAL)

Woher soll nun das Geld zur Defizitdeckung kommen, wenn nicht verkauft wird? Der Kreditrahmen, den die Landeshaushaltsordnung für den Normalfall vorsieht, ist bekanntlich erschöpft. Man kann nun streiten, wie sinnvoll der Paragraph 18 Absatz 1 Satz 2 der Landeshaushaltsordnung ist, wenn er zu unvernünftigen Vermögensveräußerungen zwingt, oder auch darüber, ob heute bei einem Milliarden-DM-Defizit der Normalfall regiert. Wir aber schlagen vor, daß der Senat erneut so findig sein sollte wie im vergangenen Jahr. Damals hat er bekanntlich die Stadtentwässerung verselbständigt, sie durch Übertragung

sachlicher Vermögenswerte mit Eigenkapital ausgestattet und dann eine kurzfristige Rückzahlung des Eigenkapitals an den Haushalt angeordnet. Zu dieser Rückzahlung mußte sich die Stadtentwässerung selbstverständlich entsprechend verschulden, aber eben nicht die Stadt, und die Haushaltsmittel waren vorhanden; Paragraph 18 Absatz 1 Satz 2 war auf elegante Weise umgangen. Das war bei der Stadtentwässerung ein reines Haushaltsdefizitdeckungskonzept. Wir finden, wenn so etwas einem guten, vielleicht noch besseren Zweck dient und der Konsolidierungskurs im übrigen auch tatsächlich fortgeführt wird — wir wollen auch den Konsolidierungskurs —, dann ist ein solches Verfahren strategisch besser, als bedeutsame Vermögenswerte zu verkaufen.

Für 1996 haben wir noch einen besseren Vorschlag. Schon lange sind wir bekanntlich aus ökologischen und wirtschaftlichen Effizienzgründen dafür, das Amt für Stromund Hafenbau mitsamt den städtischen Investitionen an und auf den Hafenflächen zu verselbständigen. Nach dem gleichen Verfahren wie bei der Stadtentwässerung ließe sich das übertragene Vermögen beleihen und die Geldsumme an den Haushalt übertragen. Wir fordern den Senat dringend auf, diese Möglichkeit zu prüfen.

(Beifall bei der GAL)

Mit einer solchen rechtlichen Verselbständigung von Strom- und Hafenbau ließen sich sogar mehrere Fliegen mit einer Klappe schlagen. Strom- und Hafenbau müßte die Kreditsumme auf seine Vermögenswerte natürlich verzinsen. Das wäre aber nur möglich, wenn das verselbständigte Amt, wie die Stadtentwässerung auch, auf Dauer seine Leistungen auch kostendeckend verkaufte. Gegenwärtig subventioniert bekanntlich die Stadt mit künstlichen Billigmieten die privaten Nutzer. Das verstößt erstens gegen die Beihilferichtlinie der EG, was der Senat damit rechtfertigt, daß alle anderen Hafenstädte das auch täten, statt eine EG-Initiative voranzutreiben, um das abzustellen.

Zweitens verführt es — ein bekanntes Argument — zu dem verschwenderischen Umgang mit den teuersten und zugleich ökologisch sehr wertvollen Flächen.

Drittens wird dadurch verhindert, daß die Transportkosten die Wahrheit sagen. Subventionierte und dadurch künstlich billig gehaltene Transportkosten beschleunigen bekanntlich das ökologische Dilemma, verzerren die Weltarbeitsteilung, insbesondere mit den weniger entwickelten Ländern

Im vergangenen Jahr hat uns allerdings Herr Giszas zu unseren Vorstellungen, man könnte doch bei Strom- und Hafenbau eine Verselbständigung Ins Auge fassen, im Haushaltsausschuß gesagt, die Behörde sähe in einer solchen Verselbständigung keine Vorteile für die Stadt, denn das Amt sei zu komplex, Monopolpreise könnten dort nicht genommen werden und um Effizienz bemühe man sich auch schon in der Behörde. Das war sozusagen die klassische Behördenantwort, um eine unzulässige Subvention zu verderken

Wir halten es hier, um jeden Sozialismusverdacht völlig aus dem Weg zu gehen, mit dem alten Adam Smith. Der schrieb schon 1789, Herr Bürgermeister:

"Es ist nun offensichtlich nicht notwendig, daß man die Ausgaben für solche öffentlichen Anlagen wie Häfen aus den Staatseinnahmen bestreiten soll. Vielmehr las-

sen sich die meisten Anlagen ohne weiteres so einrichten, daß sie selbst die Einkünfte zur Deckung der Eigenkosten abwerfen."

(Beifall bei der GAL)

Es verwundert, daß die Handelskammer, die sonst nicht müde wird, den Rückzug des Staates und die freie Preisbildung zu fordern, hinsichtlich des Hafens von den Vorzügen des Liberalismus und der Marktwirtschaft so gar nichts wissen will.

(Beifall bei der GAL)

Auch wir halten eine zusätzliche Kreditbeschaffung für die Deckung des Defizits im Betriebshaushalt nur für verantwortbar, wenn ein entschiedener Konsolidierungskurs verfolgt wird.

(Vizepräsidentin Ulla Bussek übernimmt den Vorsitz)

Insofern werden auch wir darauf achten, die Lücke im Betriebshaushalt nicht zu vergrößern, sondern sie Schritt für Schritt zu schließen. Darin haben wir keine Differenz zum Senat.

Eine Differenz haben wir allerdings in der Politik, die dabei verfolgt werden muß. Prinzipiell halten wir daran fest, daß nicht öffentliche Verschwendung das Hauptproblem ist, sondern eher das Wegbrechen öffentlicher Einnahmen für eine eher wachsende Zahl von Aufgaben, die auf die öffentliche Hand zukommen: von Kindertagesstätten über die Finanzierung der Hochschulen, die Beseitigung der ökologischen Altlasten, der Armutsbekämpfung, der Pflegeversicherung. Hier ist eine Veränderung der Steuerpolitik dringend geboten, für die es leider gegenwärtig im Bund keine Mehrheit gibt.

Hamburg hat nur begrenzte Möglichkeiten, seine Einnahmen zu steigern. Die müssen dann aber auch wahrgenommen werden. Von der Gewerbesteuer war die Rede. 500 Gemeinden in der Bundesrepublik planen — hauptsächlich aus ökologischen Gründen, aber eine kleine Entlastung des Haushalts brächte das auch — die Einführung einer Verpackungsteuer. Der Rechnungshof mahnt eine hamburgische Regelung an, die erlaubt, "die regelmäßig beträchtlichen Aufwendungen der Stadt für zusammengefaßte Ausgleichsmaßnahmen im Naturschutz auf die einzelnen Grundstücke beziehungsweise Investoren auch wirklich anteilig umzulegen". Auch da ist der Senat bisher über Absichtsbekundungen nicht hinausgekommen.

Zuletzt noch über die Ausgabenseite des Haushalts. Ich habe mir einmal die Mühe gemacht zu verfolgen, was sich eigentlich im Verhältnis zwischen den Etats seit 1993, also seit die neue Kooperation im Amt ist, im Gewicht der einzelnen Etats am Gesamtetat geändert hat. Da hat die Sparpolitik der letzten Jahre deutliche Spuren hinterlassen. Am meisten verloren hat der Etat der Umweltbehörde. 1993 lag er bei 4,5 Prozent des Gesamtetats, 1996 soll er nur noch bei 2,6 Prozent liegen. Da ist zum Teil vielleicht noch die Stadtreinigungsausgliederung enthalten, ebenso wie die der Bäder, aber 40 Prozent seiner Ausgangsposition sind immerhin verloren. Das liegt zum erheblichen Teil daran, daß investitionen zur Altlastenbeseitigung auslaufen, und zwar nicht etwa deswegen, weil es nach Georgswerder keine Altlasten mehr gäbe, sondern weil keine neuen Sanierungen vorgenommen werden, weil nichts Neues mehr in Angriff genommen wird. Ökopolitik schrumpft dramatisch. Der Kulturetat, ein ohnehin kleiner Etat, ist von 2,3 Prozent auf knapp 2 Prozent zurückgegangen. Eine Positionsverschlechterung von fast 20 Prozent. Hier ist eine ausgesprochen erfolglose Kultursenatorin tätig gewesen, wenn man das einmal auf Personen beziehen will.

Aber fast noch wichtiger ist mir der Wissenschaftsetat, von dem Herr Runde sagte, daß daran ein wesentlicher Teil der Modernisierungskraft, der Zukunftsfähigkeit der Region hängt. Eine Positionsverschlechterung um 5 Prozent, von 7,3 Prozent auf 6,9 Prozent am Gesamtetat, selbst wenn man die Nettostellung der Hochschulen herausrechnet.

Gewonnen haben andere Etats. Deutlich vorne weg der Etat der Behörde für Schule, Jugend und Berufsbildung wegen der Kindertagesstätten und der steigenden Schülerzahlen. Die Justizbehörde ein bißchen. Bemerkenswert ist der Etat der Sozialbehörde. Trotz steigender Arbeitslosigkeit, trotz wachsender Sozialhilfe- und Zuwandererzahlen konnte sie ihren Anteil im Etat mit 20 Prozent nur knapp behaupten. Die Sozialhilfezahlungen, von denen immer gesagt wird, sie explodierten, haben in ihrer relativen Haushaltsposition seit 1993 überhaupt nicht zugenommen, sondern sind durch Kürzungen bei den Leistungen und trotz steigender Fallzahlen von 13,1 Prozent in 1993 auf 12,7 Prozent der städtischen Gesamtausgaben in 1995 sogar verringert worden.

(Alexander Porschke GAL: Hört, hört!)

An den Ärmsten der Stadt ist also schon deutlich gespart worden.

Interessant hat sich allerdings die Etatposition der von uns immer mit besonderer Liebe verfolgten Wirtschaftsbehörde entwickelt. Ihr Anteil am Gesamtetat ging von 3,7 auf 3,5 Prozent zurück. Eine Positionsverschlechterung um 7,5 Prozent, die der Herr Wirtschaftssenator hat hinnehmen müssen. In diesem insgesamt an Gewicht schrumpfenden Etat konnte sich allerdings das Amt für Strom- und Hafenbau zu Lasten der übrigen Bereiche von 63,5 auf 67,7 Prozent des Behördenetats verbessern.

Diese Entwicklung dokumentiert, daß sich die traditionellen Hafenwirtschaftsinteressen auf Kosten der anderen Wirtschaftsbereiche bei der Hamburger Wirtschaftsförderungspolitik haben durchsetzen können. Strom- und Hafenbau gewinnt größeren Anteil an einem schrumpfenden Wirtschaftsbehördenetat. Dabei ist Altenwerder noch nicht mitgerechnet.

Was sich bei der Wissenschaftsbehörde schon ein Stück abzeichnete, dokumentiert der Etat der Wirtschaftsbehörde besonders prägnant. Die uferlose Subventionierung der Hafenwirtschaft kostet die Stadt nicht nur ökologisch, sondern auch wirtschaftlich ihre Zukunft.

Eine gute Nachricht haben wir im Etatentwurf entdeckt. Ausgerechnet in der Baubehörde. In der Baubehörde wird offenbar erstmals über die Finanzierung einer neuen Stadtbahn nachgedacht. Im Finanzplan wird eine mögliche Variante zur Einführung der Stadtbahn — eine uns sympathische Idee — vorgestellt. Es heißt dort:

"Stadtbahn-Kernnetz mit Stadtbahn zum Fahrgastterminal des Flughafens",

mit der Zusatzbemerkung:

"Die Variante 2 hat eine Umverteilung der für die Flughafen-S-Bahn vorgesehenen Mittel auf die Stadtbahn zur Voraussetzung." .

В

Hier erscheint die Vernunft immerhin schon als "Variante 2", und das ist doch ein erheblicher Fortschritt gegenüber der vorherigen Gesamtbestreitung.

(Beifall bei der GAL)

Der Bürgermeister bemerkte dieser Tage: "Die Leistung des Senats ist gut, nur die Stimmung ist schlecht." Wenn ich diesen Etatentwurf ansehe, den Zustand der Kooperation bedenke, scheint mir der alte Goethe-Spruch angemessener: "Jeder Trost ist niederträchtig, und Verzweiflung nur ist Pflicht."

Da wird den Bürgerinnen und Bürgern ein harter Sparkurs auferlegt. Gleichzeitig wird nach der Pfeife der Hafenwirtschaft getanzt, das Vermögen der Stadt aufs Spiel gesetzt und die zukünftige Energiepolitik mit schweren Hypotheken belastet. Und das von einer Regierungskooperation, in welcher der eine Partner die letzten Wahlen verloren hat und der andere die beispiellose Leistung vollbracht hat, binnen zwei Jahren auf null Prozent zu kommen. Das ist eine Truppe ohne Kraft. Und ohne Kraft wird man gegen starke dominante Interessen die Priorität von Politik zugunsten der wirtschaftlichen und ökologischen Zukunft der Stadt nicht durchsetzen können.

(Langanhaltender Beifall bei der GAL)

Vizepräsidentin Ulla Bussek: Das Wort hat Herr Obermeier.

Dieter Obermeier STATT Partel: Herr Dr. Maier, im Dichten sind Sie mir über. Das gebe ich gerne zu.

(Dr. Willfried Maier GAL: Das war von Goethe, nicht von mir! Dichter hatten nur Sie in der Fraktion!)

Meine Damen und Herren! Das Thema heißt Einbringung des Haushaltsplan-Entwurfs. In seiner Einbringungsrede für den Haushaltsplan 1995 hatte der Finanzsenator den Haushalt 1995 als den schwierigsten Haushalt der letzten Jahrzehnte bezeichnet. Es verwundert deshalb auch nicht, daß schon Ende Mai dieses Jahres trotz Steuermehreinnahmen und Minderausgaben für Zinsen und beim HGV-Verlustausgleich rund 90 Millionen DM für Mehrausgaben im Personal- und Sozialbereich nachfinanziert werden müssen.

Wodurch soll das geschehen? Nach den Vorstellungen des Senats durch das vermeintliche Allheilmittel Vermögensmobilisierung. Meine Damen und Herren, damit wäre dann die gesamte Eigenkapitalrückführung der Stadtentwässerung schneller aufgezehrt als vorgesehen. Herr Dr. Maier, Sie haben diese Problematik angesprochen.

Jetzt liegt uns der Haushaltsplan-Entwurf 1996 vor. Er ist gekennzeichnet durch ein Finanzierungsdefizit im Betriebshaushalt — das wurde hier schon gesagt — von über 1 Milliarde DM und einer Deckungslücke im Gesamthaushalt von über 3 Milliarden DM. Wiederum muß in erheblichem Umfang Vermögen mobilisiert werden: für 1996 über 1,2 Milliarden DM und voraussichtlich bis 1999 insgesamt 2,5 Milliarden DM.

Insbesondere durch das Jahressteuergesetz sind schon jetzt Steuermindereinnahmen von 130 Millionen DM als ungedecktes Risiko des Haushalts 1996 festzustellen.

Um den Komparativ von schwierigster Haushalt der letzten Jahrzehnte zu finden, muß man schon Anleihen bei der Waschmittelwerbung machen und kommt dann zum C schwärzesten Schwarz für den Haushalt 1996.

Meine Damen und Herren! Was wäre eigentlich, wenn zwischen STATT Partei und SPD kein Konsolidierungskonzept eingeleitet worden wäre, wenn die Gesamtausgaben, die 1993 noch 6,7 Prozent Zuwachs hatten, nicht ab 1994 drastisch auf 2,3 Prozent und 1995 auf 2,6 Prozent heruntergedrückt worden wären?

Was sagt die Opposition? Herr Mairose, der jetzt nicht mehr da ist,

(Ralf Mairose CDU: Doch!)

Sie haben bereits am 29. Juni 1995 in Ihrer Pressekonferenz gefordert:

Rücknahme der Grund- und Gewerbesteuererhöhung. Über dieses Thema werden wir uns sicherlich noch weiter unterhalten.

Einsparungen im Betriebshaushalt mindestens in der Höhe des Fehlbetrages aus 1994. Sagen Sie auch bitte, wo und wie und wann.

Verkauf — und das habe ich überhaupt nicht verstanden — von städtischem Vermögen zur Deckung des Fehlbetrages im Betriebshaushalt. Was machen wir eigentlich die ganze Zeit?

Und Verkauf von Teilen der Landesbank zur Finanzierung der notwendigen Investitionen. Machen Sie doch sich und anderen nichts vor. Wir sind noch weit davon entfernt, Vermögensveräußerung zur Finanzierung von Investitionen heranziehen zu können.

Herr Dr. Maier, Sie haben an demselben Tag auch Vorschläge gemacht. Die heißen:

Langfristig sparen, und zwar vorrangig im Innern der Verwaltung und weniger bei Leistungen für Bürgerinnen und Bürger. Das ist die Quadratur des Kreises.

Vereinfachung des Steuerrechts. Einverstanden.

Personaleinsparungen über die Fluktuationsrate. Wir haben 200 Millionen DM für Personaleinsparungen im ersten Konsolidierungskonzept vorgesehen. Das sind 3400 Stellen. Wissen Sie nicht, daß in einigen Behörden die Fluktuationsrate schon nicht mehr ausreicht oder wir an die Grenze kommen?

Und dann kommt das, was Sie eben auch noch einmal groß und breit gesagt haben: Erhöhung der Hebesätze der Gewerbesteuer auf 480 Punkte. Sie wissen alle, wie schwer sich der Senat getan hat, auf 470 Punkte zu kommen.

Nein, meine Damen und Herren, es gibt nur einen Weg. Der Haushalt ist nachhaltig durch Reduzierung der Ausgabenseite strukturell zu verbessern. Dazu muß eine zweite Stufe des Konsolidierungskonzeptes schon mit Wirkung für den Haushalt 1996 beschlossen werden. Das haben wir schon eher gefordert.

In seinen Haushaltsplan-Entwurf hat der Senat eine Summe von 400 Millionen DM geschrieben. In seiner Rede spricht der Finanzsenator heute von 600 bis 700 Millionen DM und kommt damit unseren Vorstellungen näher. Aber immerhin, das Gesamtvolumen der Konsolidierung beliefe sich damit auf 1,5 Milliarden DM. Das wird nicht ohne Leistungseinschränkungen gehen, die alle Bürger dieser Stadt empfindlich treffen werden.

П

(Dieter Obermeier STATT Partei)

A Um dieses im Interesse unserer Stadt liegende Ziel zu erreichen, bedarf es der Unterstützung aller in dieser Bürgerschaft vertretenen Parteien, aber auch die Einsicht in die Notwendigkeiten bei der Wirtschaft, bei Institutionen und Verbänden, das heißt bei allen Bürgern dieser Stadt.

Vermögensveräußerungen dürfen nur vorübergehend und als letztes Mittel zum notwendigen Ausgleich des Betriebshaushaltes herangezogen werden.

Die eingeleitete Modernisierung der Verwaltung ist konsequent weiter voranzutreiben. Ebenso die Verlagerung staatlicher Aufgaben auf Private.

Bevor man falsche konjunkturpolitische Signale setzt und wirtschaftspolitisch bedenkliche Steuererhöhungen vornimmt, erwarten wir, daß zunächst unsere dem Senat über die Sparkommission vorgelegten Sparvorschläge umgesetzt werden. Dazu gehören unter anderem auch das gesamte Thema sozialer Wohnungsbau, die Bekämpfung von Schwarzarbeit und illegaler Beschäftigung und auch die Aufdeckung von Mißbrauchstatbeständen bei Sozialleistungen.

Und sagen Sie nicht, das sind wieder die Ärmsten der Armen. Das betrifft die Solidargemeinschaft insgesamt.

Darüber hinaus müssen noch weitergehende Anstrengungen bei Einsparungen in allen Bereichen vorgenommen werden. Uns liegt heute eine Drucksache vor, daß die Kunstinsel mal eben 10 Millionen DM mehr kosten wird. Ich weiß nicht, wie das so weitergehen soll.

Selbstverständlich werden die Fortführung des Rahmenkonzepts zur Armutsbekämpfung, die Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen, der Wohnungsbau und der Ausbau der Kindertagesbetreuung von uns ausdrücklich weiter unterstützt.

Auch wenn wir die Grundtendenzen, die der Finanzsenator in seiner heutigen Rede zur Einbringung des Haushaltsplan-Entwurfs 1996 erkennen ließ, nachvollziehen können, hat die STATT Partei Gruppe zu dem vorgelegten Haushaltsplan-Entwurf 1996 noch erheblichen Beratungsbedarf.

Wir erwarten auch, daß der Senat endlich erklärt, welche konkreten Maßnahmen er mit dem Begriff Vermögensmobilisierung verbinden will, damit nicht so etwas passiert, was heute Herr Dr. Maier gemacht hat, das ist unprofessionell und aus der Luft gegriffen.

Meine Damen und Herren! Wir sind gespannt auf den Verlauf der Haushaltsberatungen im Haushaltsausschuß. — Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der STATT Partei und bei der SPD)

Vizepräsidentin Ulla Bussek: Herr Wegner hat das Wort.

Markus Wegner fraktionslos: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Erlauben Sie mir einige Anmerkungen als fraktionsloser Abgeordneter. Die Haushaltskonsolidierung bleibt, und ich habe in der Vergangenheit in meiner Fraktion in dieser Frage für mehr Stärke geworben, weitgehend aus. Ich will Ihnen das in wenigen Punkten verdeutlichen.

Erstens: Die Schulden steigen rasant weiter. Wie interessant ist die Tabelle auf Seite 28 dieses Heftchens. Man kann darauf einmal einen Blick werfen.

Die STATT-Partei-/SPD-Kooperation hat beispielsweise, wenn diese Tabelle verwirklicht wird, zu einer weiteren

Steigerung der Entwicklung des Schuldenstandes geführt. Leider konnte ich mich in der von mir verlassenen Fraktion nicht mit einer Forderung nach einem zweiten Konsolidierungsprogramm durchsetzen, die ich bereits im Herbst letzten Jahres erhoben habe. Wie ich jetzt allerdings erstaunt feststellen muß, wird angedeutet, daß so etwas auf den Weg gebracht wird.

Die Steigerung der Schulden wächst nach dieser Tabelle von knapp 25,5 Milliarden DM auf knapp 32,5 Milliarden DM, also rund 7,5 Milliarden DM in fünf Haushaltsjahren bis 1998, an denen, lieber Dieter, die STATT Partei beteiligt ist, also jedes Jahr um 1,5 Milliarden DM mehr.

Dieses, lieber Dieter Obermeier, haben wir seinerzeit nicht so angestrebt. Die Steigerungskurve verläuft jetzt steiler als in den acht Jahren zuvor. Das Gesamtvolumen der beiden Konsolidierungsprogramme soll, aufwachsend in sechs Jahren, demgegenüber nur 1,5 Milliarden DM betragen. Welches Mißverhältnis tut sich hier auf, wenn ich mir anschaue, daß wir da auch noch eine kleine Unklarheit haben, Herr Senator? Denn Sie formulieren in Ihrem Text ein Volumen von 1,5 Milliarden DM für das Gesamtkonsolidierungskonzept. Andernfalls haben wir einmal 800 Milliarden DM und einmal 400 Milliarden DM. Das wären nach dem Finanzplan 1,2 Milliarden DM.

Zweitens: Die Finanzplanung geht nur scheinbar auf. Mehrbedarfe in 1995 und in den Folgejahren müssen dem Volumen des Gesamthaushaltes hinzugerechnet werden. Jährlicher Schnitt meistens um die 200 Millionen DM, manchmal auch mehr. Die Einnahmeausfälle werden durch die Maßnahmen des Bundes vorgegeben und im Hinblick auf das Jahressteuergesetz 1996 wiederum auf etwa 130 bis 150 Milliarden DM geschätzt. Derartiges ist weit vorher bekannt, und wir wissen, daß wir auch mit so etwas immer wieder rechnen müssen. Der Finanzausgleich war in den letzten Jahren quasi ausgefallen. Wer damit plant, riskiert hier weitere 100 oder mehr Millionen. Die zweite Stufe des Konsolidierungsprogramms wird lediglich eingerechnet, ohne daß wir wissen, wie sie verwirklicht werden soll. Bis heute greift die SPD die Stellenpläne nur zaghaft an. Die Probleme sind bekannt. Was ist, wenn es hier weitere Schwierigkeiten gibt, beim fehlenden Mut, wirklich und endlich in die bestehende Personalstruktur Hamburgs einzugreifen. Auch hier weitere Risiken. Fazit: Schon jetzt ist abzusehen, daß die vorgegebenen Zahlen von rund 3 Prozent Steigerung der bereinigten Gesamtausgaben in den nächsten Haushaltsjahren des Finanzplanes 1996 bis 1999 nicht haltbar sein werden, denn dies haben die vergangenen Jahre immer wieder klar gezeigt.

Drittens: Auf die Kritik des Rechnungshofes ist hinzuweisen, daß die Investitionen weitgehend voll finanziert werden. Das heißt, erhebliche Steigerungen der Zinsbelastungen der Stadt kommen weiter auf uns und die nachwachsenden Generationen zu. Wer verantwortlich handelt, gibt nicht bis zum letzten Pfennig sein Geld aus. Festzustellen ist, daß keine Handlungsspielräume geschaffen werden, die weitere Haushaltsrisiken in den Griff bekommen könnten.

Drei kleine Bemerkungen noch zum Schluß. Erhöhungen der Gewerbesteuer und der Grundsteuer sind kontraproduktiv beziehungsweise treffen die Falschen. Bei der Grundsteuererhöhung nämlich alle Bürger gleichermaßen. Ist das sozial in dieser Stadt?

Zweitens: Den öffentlichen Nahverkehr möchte ich ansprechen. Auf der einen Seite die Forderung nach einer `

(Markus Wegner fraktionslos)

Stadtbahn, die meines Erachtens ein Konzept ist, das nicht mehr modern und zeitgemäß ist. Da sollte man meines Erachtens einmal zukunftsweisendere Personen fragen.

(Heike Sudmann GAL: Was denn? — Alexander Porschke GAL: Magnetschwebestadtbahn?)

— Ja, vielleicht in Miniform oder so etwas. Das wäre doch etwas. Also auf jeden Fall gibt es meines Erachtens bereits Überlegungen in der Industrie, wie man wesentlich transportfähigere öffentliche Nahverkehrssysteme einrichten kann. In Hamburg eine Trasse auf Schiene zu errichten ist grotesk. Dieses zeigen andere europäische Städte mit Hochbahnstrom, wo über Oberleitungen der Strom geleitet wird. Ich will mich jetzt nicht in diese Diskussion begeben.

Zum ÖPNV möchte ich noch etwas sagen. Zu dem ÖPNV ist festzuhalten, daß wir in Hamburg — und das hat der Senator hervorgehoben — ein ganz hervorragendes Ergebnis haben. — Frau Präsidentin, ich bin gleich fertig. — Vom ÖPNV werden wir in den kommenden Jahren 50, 60 oder 70 Millionen DM bessere Einnahmen haben. Wer hier die Fahrkartenpreise erhöht, handelt wieder unsozial.

Lassen Sie mich als letzten Satz sagen: Wann lernen wir alle, mit dem Geld der Bürger besser umzugehen? Ich hoffe, wir tragen alle etwas dazu bei.

Vizepräsidentin Ulla Bussek: Das Wort hat Herr Berg.

Georg Berg STATT Partei: Keine Angst, meine Damen und Herren, Frau Präsidentin, wir werden Sie hier in Zukunft nicht mit einem Wanderzirkus beglücken. Es werden aber heute unter anderem zwei Drucksachen zur Verwaltungsmodernisierung und zu den Zuwendungen mitberaten. Mit diesen Drucksachen wird deutlich, daß die Jahrhundertaufgabe der Finanz- und Verwaltungsreform in Hamburg auf dem Weg ist. Dies ist jetzt für jeden Interessierten offenkundig. In nur knapp zwei Jahren seit der Kooperationsvereinbarung ist nicht nur das in Drucksache 15/3750 vorgelegte Konzept ausformuliert worden, sondern es wurden von Anfang an parallel dazu auch die Umsetzungsarbeiten vorangetrieben. So haben wir unter anderem bereits die Erprobung in Pilotbereichen erreicht und, noch wichtiger, den Gesetzentwurf für die Neuordnung der bezirklichen Verwaltung in die Abstimmung mit den Bezirken gebracht. Deshalb sind wir heute sicher, daß zum Ende dieser Legislaturperiode die gesamte Hamburger Verwaltung runderneuert sein wird. Diese Verwaltungsmodernisierung besteht nicht lediglich in einer Neuverteilung von Zuständigkeiten, sondern folgt dem Neuen Steuerungsmodell. Das ist ein neuzeitliches Konzept der Ausgestaltung, der Schaltstellen zwischen Politik und Verwaltung, die eine Anwendung der modernen Verwaltungsergebnisse auch auf den öffentlichen Dienst ermöglicht. Das bedeutet insbesondere, daß bei gesteigerter Bürgernähe ein erheblich effizienterer Mitteleinsatz erreicht werden kann.

Wir haben das Neue Steuerungsmodell in der Kooperation verankert. Die Opposition hatte anfangs ignorant gekichert, als wir es auch in die Bürgerschaft getragen haben. Mittlerweile hat sich die Idee auch hier durchgesetzt. Dies ist einer der Punkte, an denen wir erlebt haben, daß es mit einem guten Konzept auch heute noch durchaus möglich ist, in der Politik Grundlegendes auf den Weg zu bringen. Wir erachten es auch als einen verantwortbareren Beitrag als das Durchsehen von Haushaltsentwürfen auf Druckund Rechenfehler oder die Überlegung, alles durch die Konsolidierung der Einnahmeseite zu regeln.

Bei der weiteren Umsetzung ist jetzt insbesondere das Parlament gefragt. Es muß die größeren Gestaltungsspielräume nutzen, die ihm durch das Neue Steuerungsmodell geboten werden. Bisher wurden bei der Haushaltsaufstellung im wesentlichen von der Verwaltung seit Jahren mehr oder weniger gleich vorgelegte Töpfe gefüllt. In Zukunft muß das Parlament bei der Haushaltsaufstellung auch definieren, welche Aufgaben mit den Geldern erfüllt werden sollen, und nachfolgend überprüfen, ob die Aufgabenerfüllung eingetreten ist. Das ist für das Parlament eine sehr viel interessantere, aber auch sehr viel anspruchsvollere Aufgabe.

Abschließend möchte ich noch kurz den Blick darauf lenken, daß mit den Rezepten des Neuen Steuerungsmodells auch im Zuwendungsbereich ein sehr viel zielgenauerer Einsatz der Mittel erreicht werden kann. Weiteres ist in der Drucksache 15/3751 ausgeführt. — Danke schön.

(Beifall bei der STATT Partei und bei Inge-Anke Kuhbier SPD)

Vizepräsidentin Ulla Bussek: Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Damit ist die Debatte beendet.

Ich komme zunächst zu den Abstimmungen über die Überweisungsanträge. Von der CDU-Fraktion wird beantragt, die Drucksachen 15/3700, 15/3701, 15/3739, 15/3750, 15/3751 und 15/3658 bis 15/3662 an den Haushaltsausschuß zu überweisen. Wer stimmt diesen Überweisungswünschen zu? — Das ist einstimmig.

Aus der Drucksache 15/3700 soll der Einzelplan 2 mitberatend dem Rechtsausschuß und der Einzelplan 8.2 mitberatend dem Umweltausschuß überwiesen werden. Wer unterstützt dies? — Auch dies ist einstimmig der Fall.

Weitere Überweisungen zur Mitberatung wurden beantragt für die Drucksache 15/3659 an den Jugend- und Sportausschuß. Wer unterstützt diese Überweisung? — Wer lehnt die Überweisung ab? — Gibt es Enthaltungen? — Die Überweisung ist einstimmig angenommen worden.

Für die Drucksachen 15/3660 und 15/3661 wird eine Überweisung an den Sozialausschuß gewünscht. Wer unterstützt diese Überweisung? — Dies ist einstimmig.

Die Drucksache 15/3662 soll an den Innenausschuß überwiesen werden. Wer wünscht diese Überweisung? — Gegenprobe. — Letzteres ist die Mehrheit. Diese Überweisung ist nicht angenommen worden.

Dann habe ich festzustellen, daß die Bürgerschaft die übrigen Drucksachen — das sind die Ausschußberichte — zur Kenntnis genommen hat.

Damit ist diese Sitzung beendet. Ich wünsche Ihnen einen schönen Abend.

Schluß: 18.28 Uhr

Hinweis: Die mit * gekennzeichneten Redebeiträge wurden in der von der Rednerin/vom Redner nicht korrigierten Fassung aufgenommen.

Für diese Sitzung waren entschuldigt: die Abgeordneten Andreas Bachmann, Gunter Barnbeck, Petra Bödeker-Schoemann, Anna Bruns, Gerhild Halfmeier, Anke Hartnagel, Gundi Hauptmüller, Ursula Lohmann und Dr. Andreas Mattner.